

Inhalt

02	Inhaltsangabe	
03 – 05	Abschnitt 1:	Wir über uns
05 – 11	Abschnitt 2:	Worum geht es uns
12 – 17	Abschnitt 3:	Kurzdarstellung I.B.E. AmSeL e.V.
18 – 24	Abschnitt 4:	Spezielle Projekte a) AmSeL-Nest (19/20) b) Solidarische Immobiliensicherung (21 – 23) c) Dienstleistungskooperative (24)
25 – 27	Abschnitt 5:	Grundsätzliche Voraussetzungen für überregionale Etablierung der Idee und Absicherung durch kontinuierlichen Zuwachs an Sachkompetenz
28 – 30	Abschnitt 6:	Vorhaben und Zielsetzung in Sachen „multifunktionaler“ Kooperation
31 – 33	Schlusswort	
34	Impressum	
35 – 36	Anhang ~ AMP – Aufbruch Mittelstand Partei	
37 – 42	Übersicht Informationsquellen & potentielle Partner	

Abschnitt 1

Wir über uns

Die Ursprünge unseres Vereins liegen in einer Initiative, welche sich im März 2006 zunächst vorrangig aufgrund der – gelinde gesagt – Unzulänglichkeiten der Agenda 2010, zuvorderst der „Hartz-Gesetze“ bildete, um gegen die willkürlichen und oftmals schlicht widerrechtlichen Maßnahmen vorzugehen, durch welche Betroffene wahllos in ihrer Existenz bedroht wurden und heute mehr denn je bedroht werden. Ganz wichtige Aspekte waren dabei die Ignoranz der ausführenden Organe hinsichtlich ihrer vom Gesetz vorgeschriebenen Verpflichtung zur umfassenden Beratung und Information ihrer „Kunden“ sowie die abstrusen Maßnahmen, die vorgeblich der umfassenden Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in Arbeitswelt und Gesellschaft gelten sollten. De facto handelte und handelt es sich dabei nahezu ausnahmslos um auf menschenunwürdigen Repressalien und mit der zugrunde liegenden gesetzgeberischen Definition nicht zu vereinbarende „gängige Praxis“, die einseitig „kooperierenden Wirtschaftsunternehmen“ dient, während sie den zu vermittelnden Betroffenen keinerlei Aussicht auf existenzsichernde, reguläre steuer- und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse verschafft und zudem zu einer zusätzlichen Belastung für die Solidargemeinschaft der Steuer- und Beitragszahler ausuft.

Von Anfang an versuchten wir unser Engagement auf kritische Kooperation auszurichten und uns – im Gegensatz zu vielen Sozial- und Protestbewegungen, insbesondere aber zu den etablierten Sozial- und Wohlfahrtsverbänden – weder auf inhaltsleere Anprangerung von Missständen, noch auf Schuldzuweisungen an regional verantwortliche Behörden und deren Angestellte oder reine „Symptomkosmetik“ zu beschränken. Zwar meinten und meinen wir, dass Kritik geäußert werden muss, wo sie angebracht und berechtigt ist, aber wir waren uns der Tatsache immer voll auf bewusst, dass sich durch einseitig auf diese „Schiene“ konzentriertes Vorgehen keine Probleme lösen lassen.

Deshalb waren wir um Kontakte zu den zuständigen Stellen bei den Kommunen und beim hiesigen Kreis bemüht, denen wir ein sorgfältig ausgearbeitetes und – unseres Erachtens – in sich schlüssiges Konzept vorlegten. Darauf erfolgte keine (Kreis) respektive nur eine halbherzige Reaktion (Kreisstadt Hofheim), die nicht einmal ansatzweise vermuten ließen, dass von diesen Seiten ein der alternativen Problemlösung zugeneigtes Interesse zu erwarten sein würde ...

Dennoch wiederholten wir den Vorstoß nach der am 1. Juli 2007 vollzogenen Vereinsgründung und ergänzten das informelle Konzeptpapier für den Kreis um eine detaillierte Darstellung der von uns angestrebten Kooperation. Diese beinhaltete lediglich eine organisatorische und um den Faktor „Bekannt- und Verfügbarmachung“ unseres Engagements für potentielle Interessenten unter den „Kunden“ der Optionsbehörde ergänzte Vorstellung von einer bidirektionalen Kooperation – finanzielle Forderungen wurden unsererseits nicht erhoben ... trotzdem reagierte man seitens des zuständigen Dezernats und des Amtes für Arbeit und Soziales ebenso mit einem mehr als vielsagenden „Schweigen im Walde“, wie auch allgemein erneut von Seiten der Kommunalverwaltung.

Daraus resultierte zunächst der Gedanke, das zentrale Engagement unseres Vereins in eine andere Region der Republik zu verlagern, in der man seitens der Verantwortlichen an realen und kostengünstig zu realisierenden Lösungsansätzen für die vordringlichsten Probleme unserer Zeit und Gesellschaft interessiert wäre. Diese Besinnungs- und Findungsphase

begründete sich vor allem durch den Umstand, dass selbst eine entschlossen und ehrenamtlich bewältigte Vereinsarbeit in einer „von Kosten geprägten“ Gesellschaft ohne ein Mindestmaß an finanziellen Zuwendungen nicht erfolgreich in die Tat umgesetzt werden kann und somit auch die zweifellos erzielbaren Erfolge nicht realisiert werden können.

Mittlerweile sind wir aber „etwas schlauer“ geworden und zu der Erkenntnis gelangt, dass der Mangel an Kooperations- und Kommunikationsbereitschaft seitens der Verantwortlichen beileibe kein regionales Phänomen darstellt, sondern vielmehr ein Teil des Systems ist, dessen Hauptintention darin besteht, eine stetig zunehmende Zahl von Bürger/innen unseres Landes zu „prekarisieren“ (ihre Existenzgrundlagen zu erschüttern/zerstören und sie in „billige bis kostenlos arbeitende Zwangsarbeiter“ zu verwandeln) und diesen Vorgang durch eine forcierte Spaltung der Bevölkerung „wasserdicht“ zu machen. – Mit anderen Worten: je erfolgreicher ein alternatives Konzept wirken könnte, desto größer wird die Ablehnung auf Seiten der regionalen Exekutivorgane dieses neoliberalen und neofeudalistischen, elitären Wirtschafts- und Gesellschaftssystems!

Diese Erkenntnis, die spätestens durch die undemokratischen Machenschaften rund um den „EU-Reformvertrag“ zur unwiderlegbaren Gewissheit aufstieg, führte letztendlich dazu, dass wir uns „jetzt erst recht“ sagten und alle Ausweichpläne aufgaben, um das Engagement unseres Vereins mit erhöhtem Nachdruck in einem der reichsten Kreise unserer Republik zu etablieren. Die letzten Weichenstellungen dafür wurden durch die Neuwahl des Vorstands unseres Vereins am 10. Mai 2008 und intensive Bemühungen um überregionale Kooperationen vorgenommen. Gleichzeitig fand eine grundlegende Neuausrichtung unserer Zielsetzungen (ohne inhaltliche Abänderung der in der Satzung festgeschriebenen Vereinszwecke) statt, die sich durch die erweiterte Erkenntnis aufzwang, dass man eine Problemlösung in den von unserem Engagement abgedeckten Bereichen nicht „völlig unpolitisch“ anstreben und erst recht nicht verwirklichen kann!

Selbstverständlich ist uns vollauf bewusst, dass wir uns enorm hohe Ziele stecken, deren Verwirklichung hundertprozentig davon abhängig ist, dass wir unsere Mitmenschen für die realen Zustände in unserem Land und Europa sensibilisieren können – aber sowohl leider als auch glücklicherweise muss man unserer Meinung nach davon ausgehen, dass sich diese Wahrheiten in zunehmendem Maße für jede Frau und jeden Mann in unserem „wiedervereinigten besatzungsrechtlichen Übergangskonstrukt“ namens BRD (richtiger ist BRdvd) offenbaren werden. Mit unserer Basisarbeit und der Informations- und Aufklärungstätigkeit von sorgfältig ausgewählten Kooperationspartnern glauben wir den unbedingt erforderlichen Umdenkprozess bei unseren Mitmenschen entscheidend befördern und endlich eine geschlossene, solidarische Volksbewegung generieren zu können, die alle notwendigen demokratischen und völkerrechtlichen Maßnahmen zur Wiederherstellung und Wahrung unserer souveränen Interessen sicherzustellen vermag. Denn wir alle sind davon überzeugt, dass nur ein starker, völkerrechtlich unwiderruflich souveräner **deutscher** Staat von freien und selbstbestimmten Bürger/innen in der Lage sein kann, das Entstehen eines für Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und vernünftigen Umgang mit unserer Natur eintretenden Europas der vereinigten **Völker** sicherzustellen.

Hierbei wollen wir keine aktive **politische** Rolle übernehmen, sondern mit unserer Basisarbeit für die und mit den Menschen dafür garantieren, dass dieser Prozess diesmal von Anfang bis Ende umfassend demokratisch, im unbegrenzten Einklang mit dem allen anderen Gesetzen übergeordneten Völker- und Menschenrecht, sowie im ausschließlichen Sinne des realen Gemeinwohls durchgeführt werden kann. Hierzu sind jedoch alle Mitbürger/innen aufgerufen, die sich die Fähigkeit des freien, ungebundenen und logischen Denkens ebenso bewahrt haben, wie ihre menschlichen Werte und Eigenschaften.

Wie das von uns ausgearbeitete Konzept aussieht, welches wir so zeitnah wie möglich in einem alternativen, auf solidarischem Gemeinwirken ohne „reine Leistungserbringer und Nutznießer“ basierenden bürgerschaftlichen Engagement **moderner und zukunftsorientierter Prägung** umsetzen wollen, können sie im entsprechenden Abschnitt dieses Konzeptpapiers nachlesen. Bei Interesse kann auch eine gedruckte und gebundene Fassung bestellt werden – hierfür müssten wir jedoch eine Unkosten- und Versandpauschale in Höhe von € 4,40 (in Briefmarken) erheben.

Ganz besonders wichtig ist uns, trotz der aus Überzeugung angestrebten Kooperationen festzuhalten, dass es unser vorrangiges Ziel ist und bleiben wird, die Idee von einer starken und weitestgehend unabhängigen regionalen Solidargemeinschaft zu verwirklichen und als Modellbeispiel für andere Regionen vorzuleben. Hierbei spielen gesellschaftliche, rein zwischenmenschliche, wirtschaftliche und nicht zuletzt „kommunalpolitische“ Faktoren eine gleichermaßen große Rolle, da sie alle unter- und miteinander verknüpft werden müssen, um eine Gemeinschaft zu bilden, die diesen Namen in jeder denkbaren Hinsicht auch wirklich verdient!

Es ist jedoch unbestreitbar, dass dies nur im Kleinen gelingen kann, wenn man auch im größeren Rahmen entschlossen versucht, dasselbe Denken in die Köpfe der Menschen zu pflanzen. Eine basisdemokratische, auf natürlichen und tatsächlichen Werten beruhende Bewegung muss dieses Ziel anstreben und in (klassenübergreifender) solidarischer Anstrengung auch gegen die massiven Widerstände der derzeit „regierenden“ und unserem Volk einen raffgierigen neoliberalen Stempel aufdrückenden Kreise durchsetzen ... und zwar **bald** (= auf dem kürzestmöglichen Wege!), da wir sonst **wieder einmal zu spät aufgewacht sein werden**, um das Schlimmste zu verhindern!

Aus diesem Grund denken wir auch, dass es höchste Zeit ist, die Kräfte, welche sich wirklich um die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde sorgen und tatsächlich alle Probleme lösen und ausmerzen wollen, die sie nachhaltig bedrohen, auch endlich zusammenschließen und das makabre bis perverse Konkurrenzdenken aufgeben, durch das wahrhaftige Sozialarbeit und Solidarität (per Definition „Nächstenliebe ohne überzogenes Vorteilsdenken“) schon viel zu lange ad absurdum geführt wurden.

Um dieses enorm wichtige Etappenziel zu erreichen, sind wir bereit, mit jedem zu sprechen und aktiv zu kooperieren, der sich dieselben Ziele setzt und letztlich auch mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln verfolgt. Das bedeutet aber nicht, dass wir auf jeden reinfallen werden, der sich dieses Engagement nur auf seine Fahnen schreibt, hinterrücks aber „ganz andere Ziele“ verfolgt ... denn so sehr wir bei der Verwirklichung unseres Vorhabens auch immer auf die Kooperation mit anderen Gruppen, Initiativen, Vereinen und Individuen angewiesen sein mögen, wir werden uns niemals vor einen Karren spannen lassen, der eine Fracht transportiert, mit der wir uns nicht umfassend identifizieren können und/oder wollen!

Wir räumen ein, dass es auf den ersten Blick zu viel erscheinen mag, was wir uns vorgenommen haben, aber wir sind überzeugt davon, dass es mit dem notwendigen Maß an Vernunft und Solidarität auch verwirklicht werden kann!

Hofheim am Taunus, den 17. Juli 2008



Hans-D. Ziran
(1. Vorsitzender & Sprecher)



Elke J. Atzinger
(Stellv. Vorsitzende & Schriftführerin)

Abschnitt 2

Worum geht es uns?

Die Fragestellung bezieht sich nicht nur darauf, warum wir nicht nur unbeirrbar gegen die Windmühlen regionaler Bürokratie und Wirtschaftshörigkeit ankämpfen, sondern uns auch noch einer bundesweit operierenden Kooperation anschließen wollen. Teilweise wurde dies im vorausgegangenen Abschnitt schon beantwortet. Unsere Motivation ist jedoch bedeutend vielschichtiger und erklärt gleichzeitig auch plausibel, warum wir uns für Kooperationspartner aus allen relevanten Bereichen (hier sind ausdrücklich auch am realen „Wohlergehen der Volkswirtschaft“ interessierte Unternehmen eingeschlossen!) öffnen und auch unsere Bereitschaft zu signalisieren bereit sind, selbst aktiv Verantwortung für das gemeinsame Vorhaben der so entstehenden Kooperative zu übernehmen.

Über welche Art von Kooperation sprechen wir hier? Diese Frage möchten wir anschließend in Form einer Darstellung von Zielen, Notwendigkeiten und anzustrebenden Strukturen beantworten.

Grundsätzliche Zielsetzung des Engagements

Wie bereits betont ist es das vorrangige Ziel unseres Vereins (I.B.E. AmSeL e.V.) ein bürgerschaftliches Engagement zu etablieren, das die Folgen einer über mindestens zweieinhalb Jahrzehnte rigoros und ausufernd betriebenen Spaltungspolitik der herrschenden Kreise in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft erst zu neutralisieren und im weiteren Verlauf vollständig zu überwinden vermag. Dabei spielt die „regionale“ Ausrichtung eine wesentliche Rolle, sollte aber durch den kontinuierlichen Aufbau weiterer Regionalzentren in letzter Konsequenz eine bundesweite Präsenz der „AmSeL-Idee“ sicherstellen.

Für manchen werden die Mittel, mit denen wir dieses Ziel erreichen möchten, fraglos „wie Rückschritte“ anmuten ... aber dem halten wir selbstbewusst entgegen, dass die „Fortschritte“, welche unsere Gesellschaft in der Zeit „nach dem Lambsdorff-Papier und der historischen politischen Wende von >Schmidt zu Kohl<“ erzielt hat, bei kritisch-objektiver Betrachtung ausnahmslos zum Nachteil unserer Volkswirtschaft und des sie maßgeblich tragenden Volkes gereichten. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als dass gewisse „Rückschritte“ für das Gemeinwesen ebenso wie für unsere Wirtschaft (der Export ist dabei nicht einmal ausgenommen!) nur gut sein können.

Hierzu sei aus aktuellem Anlass nur angemerkt, dass die drohende, in Teilbereichen bereits losgebrochene globale Wirtschafts- und Finanzkrise unser Land aufgrund seiner über fast drei Jahrzehnte kontinuierlich und – das muss man in dieser beherzten Deutlichkeit betonen – gezielt geschwächten Volkswirtschaft mit besonderer Härte treffen und dabei jeden in Mitleidenschaft ziehen wird, der nicht zu den dafür verantwortlich zu machenden Kapitaleliten zählt. Mit einem gesunden Binnenmarkt und einer stabilen Währung (wie es die D-Mark zweifelsohne war) wären wir dem drohenden „Finanztsunami“ und seinen unvermeidlichen Folgen für die Realwirtschaft bedeutend weniger hilflos ausgeliefert ...

Jetzt kann und sollte sich jeder Mensch und jedes Unternehmen in Deutschland (und Europa) selbstkritisch fragen, ob er oder es sich guten Gewissen zu der Minderheit zählen kann, die diesen Folgen eines unkontrollierbar entfesselten „Raubtierkapitalismus“ entgehen zu hoffen darf!?

Wichtigste Zielsetzung für die Umkehrung dieses beabsichtigten Effekts der „Globalisierung“ ist, dass wir den willentlich zerstörten Zusammenhalt der Menschen „heilen“ und wieder ein Zusammengehörigkeits- und Gemeinschaftsgefühl generieren möchten, das bei konsequenter Umsetzung und Anwendung den sichersten Schutz vor Armut, Elend und Kriegen bieten und auch die wirtschaftliche Stabilität unseres Staates in Zeiten der allgemeinen Unruhe (Untergangsstimmung) sicherstellen wird. Dass hierbei der Mensch und die Natur wieder in den Mittelpunkt gestellt und „korporative Interessen“, die über beinahe 3 Jahrzehnte bedingungslos und in volkswirtschaftlicher sowie gesellschaftlicher Hinsicht selbstmörderisch bevorzugt berücksichtigt wurden, in angemessener Weise zurückgestellt werden müssen, sollte vom logischen Standpunkt aus betrachtet unstrittig sein.

Wir sind überzeugt davon, dass unsere „These“ von den unwiderlegbaren Vorzügen einer realen regionalen Solidargemeinschaft in sich schlüssig und für den logisch denkenden Menschen auch umfassend nachvollziehbar ist. Dazu muss man einfach nur bedenken und vollständig verinnerlichen, dass wir nicht wirklich in einer „globalisierten Welt“ leben – sondern an den Orten und in den Regionen, die wir als unseren Lebensraum oder – im positivsten Fall – als unseren Lebensmittelpunkt bezeichnen. – Auf diesem Grundsatz aufbauend sollte es jedem Menschen einleuchten, dass unser Wohl und Wehe vorrangig davon abhängt, wie erfolgreich sich das Zusammenleben aller Bürger/innen in diesem Lebensraum gestalten und wie umfassend es sich gegen äußere Einflüsse jeglicher Art absichern lässt!

Kurz auf den Punkt gebracht: die „AmSeL-Idee“ rankt sich vor allem um die These von der Wiederbelebung eines regionalen Kreislaufs von anständig (den Lebenshaltungskosten angemessen) bezahlter Arbeit, dem dadurch ermöglichten Konsum und der durch beides sicherzustellenden sozialen Sicherheit, die nahezu zwangsläufig auch gesellschaftlichen Zusammenhalt befördern wird. Wer in diesem Zusammenhang behauptet, dass die Wiederbelebung und Kräftigung dieses Kreislaufs nicht jedem Mitglied der zu schaffenden Solidargemeinschaft – ungeachtet seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung – gleichermaßen Vorteile bringen kann, der muss sich vorhalten lassen, des logischen Denkens scheinbar nicht mehr fähig zu sein.

Was dann noch erreicht werden müsste, um diesen Kreislauf und seine ebenso sichernde wie verbindende Macht dauerhaft zu gewährleisten, ist die Besinnung auf einen „konstruktiven Lokalpatriotismus“ ... bspw. in der Form, dass sich regional ansässige landwirtschaftliche Betriebe, Geschäfte, Dienstleister, sonstige Unternehmen und irgendwann auch die Kommunalpolitik daran beteiligen müssen, die auf die angedeutete Weise gestärkte Kaufkraft der Mitglieder ihres regionalen Gemeinwesens in eben diesem Kreislauf zu halten. Dazu ist auch eine Entfernung von der bislang bevorzugten Entmenschlichung des Kommerzes (und der Verwaltung!) notwendig – was sich etwa durch eine Stärkung von Service und persönlichem Kontakt zwischen Anbietern und Kunden realisieren lassen würde – und natürlich auch eine gewisse Bescheidenheit, die sich mit einem Profit begnügt, der den eigenen Lebensunterhalt abdeckt und darüber hinaus nur die Sicherheit von Arbeitsplätzen und der Kontinuität des Geschäftsbetriebs im Auge haben darf.

Profit um des Profites Willen ist eines der Hauptprobleme des „entfesselten Kapitalismus“, wie man beispielhaft auf den Seiten von Dr. Harald Wozniowski und Egon W. Kreutzer nachlesen und studieren kann (siehe Anhang). Die so „erzielten Gewinne“ gehen dem für uns lebenswichtigen Kreislauf der Binnen-/ bzw. Volkswirtschaft unwiderruflich verloren und verschwinden in den fiktiven Kreisläufen der Finanz- und Kapitalmärkte. Diesem Irrsinn, der auch für explodierende Preise (Folge von „wildem Spekulationen“ und konzertierter Preistreiberei mittels Monopolbildung), unerträgliches Elend und Kriege verantwortlich

zeichnet, muss ein Ende bereitet werden – und auch dafür bietet die „AmSeL-Idee“ bei konsequenter und gemeinschaftlicher Umsetzung hervorragende Lösungsansätze. – Zu weiteren Details siehe den Abschnitt „**J.B.E. AmSeL e.V. Kurzdarstellung**“

Nicht vergessen werden darf und soll, dass es auch eines unserer wichtigsten Ziele ist, die insgesamt zu konstatierende Entmenschlichung unserer Gesellschaft zu bekämpfen. Jene Entwicklung also, die aufgrund von politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen, die von fragwürdigen, entweder selbst profitierenden oder schlicht und ergreifend käuflichen Experten gerechtfertigt und aufgewertet und schließlich von **definitiv (schon lange) nachhaltig profitierenden** Medienkonzernen in eine „übergeordnete, aber leider künstliche und wider den Menschen und das Gemeinwohl gerichtete Wahrheit“ umgewandelt wurden.

Darunter haben fraglos vor allem ältere Mitmenschen besonders zu leiden, aber letztlich ist diese „Mainstream-Kampagne“ gegen alle gesellschaftlichen Randgruppen gerichtet ... also gegen das „überflüssige, da nicht mehr im Sinne der Kapitaleliten zu verwertende Humankapital“. – Auch das wollen wir hier nicht weiter vertiefen ... aber wir müssen unsere Mitmenschen dazu auffordern, sich gegen diese neokapitalistische, uns schnurstracks in den elitären Neofeudalismus führenden Machenschaften zu wehren. Zum Beispiel durch logisches Nachdenken über die Frage, wem das Aufhetzen der einzelnen Bevölkerungsgruppen gegeneinander wirklich nutzt? Oder auch die Frage, was der Unsinn mit der „kapitalgedeckten (heute schon nicht mehr sicheren!!!) Privatrente“ (siehe bspw. die zahlreichen Artikel und Kommentare der NachDenkSeiten – siehe Anhang), dem „Generationenkonflikt“ oder auch solchen Totschlagargumenten wie „Minderqualifikation“ oder „demographischer Wandel“ soll, der von zahlreichen seriösen Experten als reine Propaganda zugunsten der Kapitaleliten entlarvt wurde und wird? Würden regulär und angemessen bezahlte Arbeitsplätze geschaffen, die Beiträge und Steuern korrekt verwaltet und zweckgebunden eingesetzt, dann wären die „alten sozialen Sicherungssysteme“ niemals ernsthaft in Schieflage geraten und würden den Menschen auch heute noch mehr als nur eine minimale Grundsicherung bieten können!

Nun gut, denken Sie einfach mal darüber nach und informieren Sie sich nicht nur über die „Hofberichterstatte“ des Großkapitals, dann werden auch Sie erkennen und begreifen, dass wir alle miteinander aufs Schändlichste belogen, betrogen und ausgebeutet wurden – und dass dies nach Ansicht der wirklich großen Profiteure noch lange nicht reicht, sondern bestenfalls als Vorgeplänkel gedacht gewesen sein kann ...

Notwendige Bündelung von Kompetenzen und Potentialen

Da wir keine Tagträumer sind, die sich in sozialromantischen Anwendungen irgendwelche hanebüchernen Theorien ausdenken, ist uns natürlich vollkommen bewusst, dass sich unsere Idee nur dann regional durchsetzen und etablieren lassen können wird, wenn wir ihr bundesweit Beachtung und Zulauf zu verschaffen vermögen. Das wussten wir immer, aber lange Zeit blieben alle Versuche erfolglos, dieses Wissen auch in entsprechend aufgestellten und agierenden Bündnissen einzubringen, um Schritt für Schritt aus einer These eine allenthalben sichtbare, „bessere Gesellschaftsalternative“ werden zu lassen.

Es ist deshalb eines unserer wichtigsten Ziele, strategische Kooperationen aufzubauen, die – der Namensgebung des Vereins gerecht werdend – eine multifunktionale Zusammenarbeit befördern kann, die sich buchstäblich über alle Gesellschaftsschichten hinweg (ungeachtet der Unterschiede nach Herkunft, Bildung, beruflicher und/oder gesellschaftlicher Stellung usw. usf.) eine systematische und zielführende Umsetzung aller beherzt und konstruktiv anzugehenden Maßnahmen ermöglicht. (Siehe hierzu bitte auch Abschnitt 6 **Vorhaben und Zielsetzungen in Sachen „multifunktionaler“ Kooperation**)

Dabei kann und darf dieses Bestreben nicht ausschließlich eine Sache von Betroffenen oder Menschen sein, die aus beruflichen Gründen mit den anzuprangernden Konsequenzen einer von Grund aus verfehlten Sozial-, Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Gesellschaftspolitik kollidieren, sondern sollte – im Sinne einer zu stärkenden und leistungsfähig zu gestaltenden **Volkswirtschaft** (im Sinne des viel besungenen aber willentlich ignorierten Themenkomplexes „Binnenmarkt & Inlandsnachfrage“) – auch für Unternehmen aller Art, die ihren Geschäftserfolg nicht auf dem Umweg über Export und Globalisierung generieren können / wollen, ein erstrebenswertes Unterfangen sein, dass es demzufolge (im Rahmen der individuellen Möglichkeiten) zu unterstützen gilt!

Doch selbst wenn die vorgenannten Grundlagen geschaffen werden können, muss beachtet und entsprechend behandelt werden, dass es ohne einen **politischen Zweig**, der absolut identische Zielsetzungen verfolgen und diese auf dem politischen Parkett entschlossen vertreten muss, nicht funktionieren wird. Nicht zuletzt, da wir auf legale, friedliche und urdemokratische Weise die unabdingbaren Reformen und Veränderungen anstreben und zur Umsetzung führen möchten! – Aus diesem Grund prüfen wir derzeit auch die Möglichkeit von ebenso strategischen wie den oben genannten Zielen zuträglichen Kooperationen mit alternativen politischen Kräften.

Da es viele politische Splittergruppen gibt und quasi täglich neue Parteigründungen erfolgen, ist dieser Prüf- und Auswahlprozess sehr aufwendig – nicht zuletzt, weil für uns sichergestellt werden muss, dass die politische Umsetzung unserer Basisarbeit auch in vollem Umfang den von uns vertretenen und entschlossen verfolgten Zielsetzungen entsprechen wird. Einige Aspiranten haben wir dabei schon mal vorsichtig ins Auge gefasst.

Hierbei handelt es sich derzeit um die „AMP“ (Aufbruch Mittelstand Partei) der bekannten, zurzeit aber von vielfältigen Problemen und Anfeindungen heimgesuchten Sozial- und Politikaktivistin Dagmar J. Sall-May, deren Vita, Überzeugungen und Engagement hochgradig kompatibel zu unseren Zielsetzungen anmuten. Ob sich eine Kooperation mit der Partei, oder nur eine Einbindung der Gründerin und Vorsitzenden in die politische Aufbauarbeit der anvisierten Kooperative als besserer Weg erweist, müssen die kommenden Wochen erweisen. – Vom politischen, gesellschaftlichen und sozialen Potential her ist die maßgeblich durch Frau Sall-May repräsentierte Zielsetzung der AMP fraglos am besten und beinahe nahtlos mit dem Engagement unseres Vereins zu verbinden. (Deshalb siehe auch den Anhang **Kurzvorstellung AMP**)

Ebenfalls in den engeren Kreis von geeigneten Kandidaten ordnen wir die Partei „UB“ – Unabhängige Bürgerpolitik – ein. Hier müssen jedoch ebenfalls noch Gespräche geführt und die grundlegende Basis einer beidseitig getragenen Zusammenarbeit abgeklopft werden. Sobald dieser Prozess abgeschlossen ist, werden wir – sofern sich beide Seiten auf eine aktive Kooperation einigen können – ein Sonderblatt herausgeben. Interessierte (oder wenigstens neugierig werdende) Leser/innen können sich dann auf der Webseite schon einmal selbst über die Partei informieren.

Derzeit wird diese Auswahl durch eine in Gründung befindliche Partei abgerundet ... sie nennt sich „DIE BASIS“ und geht auf eine Initiative des Berliner Dipl. Ing. und Betreiber der Internetplattform „Deutschland-Debatte“, Bernd Müller zurück. Nicht nur der erhobene Anspruch, sich als basisdemokratische Wahlalternative zu präsentieren, lässt eine breit angelegte Kompatibilität des politischen Programms dieser kommenden Partei erkennen, sondern es gibt auch in vielen öffentlich diskutierten Detailfragen unübersehbare Schnittstellen, über die sich die Ideen unseres Vereins und der von uns angestrebten / mitgetragenen Kooperative mit den politischen Zielen der Partei verknüpfen und letztendlich zu einem Mittel zur realen und wirksamen Veränderung der politischen Landschaft (und Arbeit) in unserem Land vervollkommen lassen sollten. ... Zur Vorabinformation oder ggf. Teilnahme an den Diskussionen besuchen Sie einfach <http://www.deutschland-debatte.de>

Wir tendieren aus den oben dargelegten Gründen momentan zwar eindeutig zur AMP der Frau Sall-May (oder korrekter: zum durch Frau Sall-May und das Parteiprogramm repräsentierten Kooperationspotential), das muss und soll aber nicht heißen, dass wir nicht auch mit anderen politischen Kräften kooperieren würden, wenn sich ausreichende Gemeinsamkeiten finden lassen. Im Übrigen sind ja auch außer- und innerparlamentarische Koalitionen der genannten und eventuell noch hinzukommender Parteien / Gruppen durchaus denkbar, was dann aber im inneren Zirkel der zu schaffenden Dachorganisation erörtert und von deren Mitgliedern, sowie den Gremien der Parteien / Gruppierungen in einer demokratischen und freien Abstimmung beschlossen werden müsste.

Kurzes abschließendes Fazit: ungeachtet der Frage, wie sich der aktive politische Zweig der Kooperation letztendlich nennen respektive zusammensetzen wird, ist diese Gestaltung der Kooperative als konsequente Umsetzung des Gedankens zu bezeichnen, dass existentielle Entscheidungen für und über das deutsche Volk nur durch eine dieses tatsächlich optimal repräsentierende Gemeinschaft angegangen und letztlich auch durchgesetzt werden können. – Man könnte es auch so umschreiben, dass das von uns geplante und mit jedem Tag mehr seiner Durchführung entgegen eilende Vorhaben einer realen Um- und Neugestaltung unseres Gesellschaftssystems nur Erfolg versprechend angegangen werden kann, wenn dabei auch das gesamte Volk „mitgenommen“ wird ... und wenn man interessierten Frauen und Männern aus allen Bevölkerungsschichten eine aktive Teilnahme an diesem Prozess ermöglicht!

Außerdem entspricht unser Ansatz auch umfassend dem Fakt, dass Freiheit immer auch Verantwortung bedeutet, die zu übernehmen jeder freiheits- und friedliebende Mensch bereit und in der Lage sein muss. Damit stehen wir mitnichten in einem bloßen „Konkurrenzverhältnis“ zu den übrigen politischen Parteien, wie auch sozialen und bürgerlichen Aktionsbündnissen oder etablierten Wohlfahrtsverbänden in unserem Land, sondern bieten den Bürgern **endlich** die Chance, über ihre Geschicke nicht nur in direkter Demokratie mitzubestimmen, sondern diese und damit auch die Zukunft ihrer Kinder und Kindeskinde eigenverantwortlich mit zu gestalten ... was man definitiv als Umbruch und Aufbruch in die richtige Richtung werten können sollte!

Angestrebte und ebenfalls dringend erforderliche Ausweitung der Bündelung von Fachkompetenz, sozialem und politischem Engagement

Unter diesem Oberbegriff verstehen wir die Notwendigkeit des kontinuierlichen Zusammenwachsens von „intellektuellen“ und „basisdemokratischen“ Kritikern des herrschenden Systems. Eine fortdauernde Trennung dieser gleichermaßen wichtigen Teilbereiche kann nur fatale Folgen haben ... weshalb wir (hier sprechen wir von allen Beteiligten der geplanten Kooperative) auch nachhaltig darum bemüht sind, an geeigneten Schnittstellen Brücken zu schlagen und sowohl die Reichweite als auch die Kompetenz unserer Aufklärungsarbeit sukzessive zu optimieren. (Siehe hierzu auch Abschnitt 6 ***Vorhaben und Zielsetzungen in Sachen „multifunktionaler“ Kooperation***)

Notwendige Einbeziehung einer kritischen Geschichtsaufarbeitung in das Streben nach völkerrechtlicher Souveränität unseres Landes und der Gleichstellung unseres Volkes mit den Völkern anderer „souveräner und freier Staaten“ der Weltgemeinschaft

Die besagte Aufarbeitung der niedergeschriebenen „Geschichte der Sieger“ muss wenigstens bis in die Zeit vor Ausbruch des **Ersten** Weltkrieges zurückgehen und sich besonders mit der Zeit von 1918/19 bis 1945-49 auseinandersetzen. Dies sehen wir auch als eine zentrale Verantwortung der zu erreichenden Kooperation an, soll hier aber nicht zu ausschweifend erläutert werden. – Wichtiger für uns und die von uns zu leistende

Aufklärungs- und Aktivierungsarbeit ist sowieso eine Aufarbeitung der Zeit nach dem 8. Mai 1945, respektive 23. Mai 1949!

Zur Erläuterung:

Man kann weder eine erfolgversprechende Ursachenforschung hinsichtlich der heute existierenden Probleme und noch viel weniger die Ausarbeitung eines praktikablen Lösungsmodells in Angriff nehmen, wenn man sich dabei nicht der Notwendigkeit bewusst wird, alle dafür verantwortliche Entwicklungen im historischen Gesamtzusammenhang zu betrachten! – Aus eigener Erfahrung wissen wir, dass man ein sehr viel klareres und nachvollziehbareres Bild von den **künstlich geschaffenen und einseitig den „Herrschern der Welt“** (Macht- und Kapitaleliten) **dienenden Problemen** erhält und, von dieser Perspektive und mit der zu erlangenden Argumentationsbasis ausgehend, auch durchaus berechnete Kritik äußern, vor allem aber sinnvolle Lösungsvorschläge unterbreiten kann.

Das beinhaltet zwangsläufig auch eine schonungslose Aufdeckung und allgemein verständliche Darstellung der Umtriebe (politischer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, medialer und gesellschaftlicher Art), die bereits zwischen den Weltkriegen und während der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 eingeleitet wurden, um (vor allem) das deutsche Volk in die Sackgasse zu manövrieren, in der es sich (**wir alle uns**) heute befindet.

Deshalb ist die Aufklärung unserer Mitbürger/innen auch so immens wichtig und sollte alle an der Wahrheit, dem Frieden, einer demokratischen Selbstbestimmung, mehr sozialer Gerechtigkeit und auch einem pfleglicheren, respektvolleren Umgang mit der Natur interessierten Menschen im Streben danach vereinigen!

Auf die historische, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Realität, die sich uns als „Schatten des Alltagsbilds“ in der oben skizzierten „Sackgasse“ aufdrängt, möchten wir hier nicht detaillierter eingehen, aber wir werden zu diesem Thema noch ein separates „Diskussionspapier“ verfassen und dieses nach der Schaffung der operativen Grundvoraussetzungen (was voraussichtlich Ende September oder im Laufe des Oktobers abgeschlossen sein wird) in geeigneter Weise online publizieren.

Vorausschickend betonen und klarstellen möchten wir aber immerhin, dass eine eingehende Beschäftigung mit dieser Realität ebenso unbestreitbar wie unwiderruflich offenbart, dass die „neoliberale (Heilslehre) Wirtschafts- und Gesellschaftsideologie“ der wahren Kapitaleliten als die einzig wahre Ursache für den völkerrechtlichen Status unseres Landes sowie die katastrophalen und höchst bedrohlichen Zustände hierzulande und im Rest der Welt zu bezeichnen ist!

Noch ein letzter Tipp am Ende dieses Abschnitts ... nur für sehr mutige **Wahrheitssucher** ...

<http://video.google.de/videoplay?docid=1338572241371195960>
<http://video.google.com/videoplay?docid=-6362976242967048401>

Abschnitt 3

Kurzdarstellung I.B.E. AmSeL e.V.



Nachdem in den vorausgegangenen Abschnitten die Grundlagen für unser Engagement und auch die Absicht dargelegt wurde, diesem durch entschlossene Kooperation mit geeigneten Partnern die notwendige basisdemokratische Breite und Tiefe zu verleihen, sollen in diesem Abschnitt vorrangig unsere Zielsetzungen vorgestellt und einige Projekte erwähnt werden, mit denen die Ziele verwirklicht werden sollen.

Grundsätzlich ist dem vorauszuschicken, dass alle so genannten „Anstrengungen“ von offiziell verantwortlicher Seite als gescheitert, respektive niemals den ausgelobten Zwecken zugeordnet bezeichnet werden müssen. Auch dazu wurde im ersten Abschnitt bereits einiges geschrieben und

dies soll hier nur durch die ungeschminkte und wahre Feststellung untermauert werden, dass lediglich die Zielsetzung mit größter Zielstrebigkeit verfolgt wurde und wird, unseren Sozialstaat bis zur vollständigen Zerschlagung abzubauen und dadurch eine „Großbaustelle“ aufzumachen, die unsere Gesellschaft bis zum „Sanktnimmerleinstag“ im Sinne der einzigen wahren Nutznießer und ihrer zahlreichen behördlichen und institutionellen Erfüllungsgehilfen spalten soll. Es ist eine von der Geschichte immer wieder aufgezeigte und von den Mächtigen aller Epochen entsprechend endlos herangezogene Gesetzmäßigkeit, dass ein in sich uneiniges Volk ungleich leichter zu manipulieren und zu beherrschen ist ... aber wir denken und handeln auch der Überzeugung entsprechend, dass diese zersetzende elitäre Vorgehensweise des ***divide et impera*** („teile und herrsche“) vor dem Hintergrund der aktuellen Weltlage unwiderruflich überwunden werden muss ***und kann*** ...

Die schlimmsten Folgen dieser Politik, die man ohne Zweifel mit dem „Phänomen“ der neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsideologie in Verbindung setzen muss, sind dank der politischen und wirtschaftlichen Machenschaften neben der Daseinsunsicherheit, die sich vehement ausbreitet und längst die „Mittelschicht“ erreicht hat, einerseits natürlich die Gräben zwischen den einzelnen Bevölkerungsschichten, aber auch und vor allem der unaufhaltsame und beinahe „erfolgreich abgeschlossene“ Niedergang unserer Volkswirtschaft. Es gibt sicherlich zahlreiche seriöse Abhandlungen, die sich insbesondere mit der Rolle beschäftigen, welche die „Europäisierung“ in diesem Zusammenhang spielte, aber wir empfehlen den Zweiflern oder Interessierten unter Ihnen aus gutem Grund das Buch von Prof. Dr. Wilhelm Hankel ... ***Die Euro-Lüge*** ... in dem die „fatalen Glanzleistungen unserer Politelite“ mitsamt den bereits wirksam gewordenen, aber auch den absehbaren künftigen Folgen dieses konzertierten Irrsinns im Auftrag der Kapitaleliten sehr anschaulich dargelegt werden.

Ebenfalls empfehlenswert für jede/n Bürger/in, der/die sich nicht mehr für dumm verkaufen oder dumm halten lassen möchte, sind die Schriften und Verfassungsbeschwerden des Staatsrechtlers Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider, der seit dem Maastricht-Vertrag gegen die politischen und wirtschaftlichen Bestrebungen hinter der „europäischen Integration“ vorgegangen ist und auch jetzt wieder – im Auftrag des CSU-Abgeordneten Peter Gauweiler – gegen den Lissabon-Vertrag (EU-Reformvertrag) vorgeht. Insbesondere

zu diesem „letzten Kampf“ empfiehlt sich auch das von **Prof. Dr. Dietrich Murswiek** erstellte Gutachten zur jüngsten Verfassungsbeschwerde / Organklage. Wenn man diese Abhandlungen gelesen und so weit als möglich verinnerlicht hat, **kann** man an der Unrechtmäßigkeit und den fatalen, aber von Seiten der Verantwortlichen billigend in Kauf genommenen Folgen für unsere Gesellschaft und Volkswirtschaft **nicht mehr zweifeln**. – Leider kann man unseres Erachtens nicht mehr davon ausgehen, dass das mit der Entscheidung über diese Beschwerde / Klage beauftragte „Bundesverfassungsgericht“ noch daran interessiert respektive dazu in der Lage ist, ein Urteil zu fällen, das nicht nur „im Namen des Volkes“ ergehen, sondern auch die Interessen und das Gemeinwohl des „deutschen Volkes“ schützen kann.

Als letzte Empfehlung für die gezielte Information und „soziale / politische / gesellschaftliche“ Weiterbildung sei hier noch auf die Bücher und Abhandlungen des Kölner Armutsforschers und Sozialwissenschaftlers **Prof. Dr. Christoph Butterwegge** hingewiesen. Unter anderem hat er in Zusammenarbeit mit Dr. Ralf Ptak, Dr. Bettina Lösch und Tim Engartner das Buch **Kritik des Neoliberalismus** geschrieben, in dem eine umfassende Darlegung und Argumentationsgrundlage angeboten wird, in die neben der Geschichte des Neoliberalismus auch dessen Auswirkungen auf den Sozialstaat, seine „fundamentale Unvereinbarkeit“ mit und „logische Bedrohung“ für Demokratie und eines der bekanntesten und mächtigsten Mittel dieser „Heilslehre“ einbezogen wurde ... **Privatisierung** ...

Darüber hinaus wird an dieser Stelle nochmals auf das Informationsangebot der Gruppen und Internetseiten hingewiesen, die im Anhang aufgeführt werden und zu diesem Themenkomplex gute und wertvolle Hintergrundinformationen liefern.

All dies ist in unsere Überlegungen eingeflossen und wurde durch die individuellen Erfahrungen der aktiven Mitglieder unseres Vereins zur vorrangigen Zielsetzung summiert, der wir trotz aller Hindernisse und allem „Gegenwind des Establishments“ folgen und die wir im Sinne der Generierung eines tatsächlichen Gemeinwohls auch verwirklichen möchten, das im Endeffekt nicht nur eine „verlustfreie“ Regenerierung des alten Kreislaufs regionaler Gemeinschaftsstrukturen sicherstellen, sondern auch die grundlegende Basis für weiterführende Veränderungen liefern kann, mit denen sich dauerhafte Problemlösungen einleiten und durchsetzen lassen werden ... und hier möchten wir nun ansetzen und aufzeigen, warum wir das „AmSeL-Konzept“ für eine Idee halten, die all diesen Ansprüchen in Gestalt eines Basisengagements umfassend gerecht werden kann.

Generelle Zielsetzungen (angepasst an die vorausgegangenen „Erfahrungen“ der aktiven Vereinsmitglieder und die sich aktuell höchst dramatisch zuspitzende Lage in unserem Land ... Europa und der Welt!)

1.) Gründung eines (zentralen) AmSeL-Regionalbüros ...

... als a) operatives Zentrum für alle Vereinsaktivitäten, einschließlich spezieller Projekte ... b) als Ansprechpartner und Informationszentrum für interessierte Bürger/innen (sowohl Betroffene als auch Nichtbetroffene) ... c) als Schnittstelle zwischen diesen und anderen an Kooperation interessierten Vereinen, Initiativen, Verbänden und Institutionen der Region ... d) als Partner der ebenfalls angestrebten „Dienstleistungsoperative“ (siehe „4.“) ... und e) Regionalrepräsentanz für jeden gegenseitige Zusammenarbeit anstrebenden, aktiven Kooperationspartner

2.) Aktivitäten zur Schaffung von bürgerschaftlichen, gemeinnützigen und mit den Zielsetzungen des Vereins kompatiblen Strukturen ...

Hierin sehen wir zunächst unsere wichtigste und vorrangig anzugehende Aufgabe. Dazu gehört das Informieren von betroffenen und (noch) nicht betroffenen Mitbürger/innen hinsichtlich der tatsächlichen Zustände in unserem Land ebenso, wie

das Abbauen von künstlich (aber sehr erfolgreich) aufgebauten Kommunikationsbarrieren und die gezielte Reaktivierung von Betroffenen (eine immens schwierige, aber bezogen auf das Gesamtkonzept unerlässliche Aufgabe!). Hierzu sollten auch Vorträge und Schulungsmaßnahmen herangezogen werden, die neben dem Ziel der Versorgung der regionalen Öffentlichkeit mit „unverfälschtem Basiswissen“ über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dem Zweck dienen sollen, kontinuierlich die Sachkompetenz des Vereins zu erhöhen (wichtig für die Unabhängigkeit seines Engagements und die Akzeptanz durch bestimmte externe Bezugspersonen/Fachleute). Dieses zentrale Anliegen des Vereins repräsentiert auch den „erhöhten Nutzwert“, den eine erfolgreich eingeleitete Vereinsarbeit auch für die angestrebte Kooperative und alle darin zusammengefassten Partner bedeuten würde!

3.) Parallel dazu Auf- und Ausbau von überregionalen Kooperationen ...

Reale Vernetzung von möglichst vielen Interessen- und Aktionsgruppen an den fraglos in ausreichender Zahl vorhandenen Schnittstellen des jeweils hauptsächlich betriebenen, bürgerschaftlichen und/oder sozialen Engagements. Diese dient nicht nur der Schaffung einer breiten Aktions- und Informationsbasis, sondern auch der **gegenseitigen Stärkung**, die unabdingbar sein wird, um besser von den zuständigen Verantwortlichen „wahrgenommen zu werden“ und die verfolgte, von diesen aber „aus gutem Grund“ abgelehnte Vorgehensweisen durch- und umsetzen zu können. - Gleichzeitig fördert es die nationale Bekanntheit der zumeist lokal oder regional agierenden Gruppen und überwindet letztlich auch die immer noch häufig anzutreffende „Ost-West-Spaltung“ ... die Probleme, die es zu lösen gilt, mögen in manchen Regionen spürbarere und schlimmere Folgen haben als anderswo, aber der ursächliche Ausgangspunkt ist immer und überall derselbe (das wird für unseren Geschmack leider zu oft außer Acht gelassen!). Gemeinsam verfolgte und letztlich auch zu erreichende Ziele werden die „regionalen Ungerechtigkeiten“ automatisch aus der Welt schaffen und die unterbundenen „verbalen und argumentativen Feindseligkeiten“ können das Bestreben nach solidarischem Zusammengehörigkeitsgefühl massiv unterstützen. Denken wir an den „Schlachtruf: **wir sind das Volk**. Dieser muss im Zuge der Formierung und Organisation eines überzeugenden Engagements im umfassendsten Sinne mit Leben erfüllt werden.

4.) Abkopplung einer „vereinsnahen gewerblichen Schiene“ ... Projekt „Dienstleistungskooperative“ ...

Dieser Absicht liegen zwei grundlegende Überlegungen zugrunde: a) teilweise Finanzierung des Vereinsengagement, durch welche die voraussichtlich dauerhaft ausbleibende „öffentliche Förderung“ ausgeglichen und die ebenfalls zu erwartende Verzögerung bis zur Anerkennung der Gemeinnützigkeit überbrückt werden muss – ein veraltetes Vereinsrecht und eine ebenso realitätsfremde Ausgestaltung der Abgabenordnung macht es überdies unbedingt notwendig, alles strikt von der Vereinstätigkeit zu trennen, was als „indirekt eigenwirtschaftlich“ ausgelegt werden könnte ... und b) das „nahe Fernziel“, alle aktiven und an zentraler Stelle agierenden Vereinsmitglieder so zeitnah wie möglich aus der Abhängigkeit von Transferleistungen herauszulösen (Menschen, die einer Sache ohne diese Abhängigkeit und dennoch mit überzeugter Entschlossenheit dienen, können sie nach außen wesentlich glaubhafter vertreten!). –

Geplant und nach Herstellung der minimalen Grundvoraussetzungen sofort umsetzbar ist zunächst ein Dienstleistungsangebot, das auf die Zusammenarbeit mit kleinen und kleinsten Dienstleistern, Geschäften und Freiberuflern abzielt ... Bürodienstleistungen von Schreivarbeiten, über Auftragsannahme und Terminabsprachen, Rechnungs- und Mahnwesen, kleinere Werbearbeiten etc., bis hin zur Vorbereitung oder vollständigen Übernahme der Steuerbearbeitung (EÜR) inklusive Beleghandling. Gleichzeitig soll und wird dieses Dienstleistungs-Unternehmen auch Aufgaben im Bereich der Beschaffung von „Fremdleistungen“ für

die unter „5.“ aufgeführten Projekte, sowie nach Schaffung der strukturellen Voraussetzungen auch „kostenpflichtige“ Dienstleistungen (gemäß der dafür anderweitig gezahlten „Erfolgsprämien“!) im Rahmen von privater Arbeits- und Wohnraumvermittlung erbringen, die aus dem oben genannten Grund (indirekte Eigenwirtschaftlichkeit) vom Verein nicht realisiert werden können.

Wichtigster „Nebenkriegsschauplatz“ ist die Schaffung von kooperativen Strukturen, durch deren Verwirklichung und Ausbau reguläre steuer- und sozialversicherungspflichtige Voll- und Teilzeitarbeitsplätze geschaffen werden sollen (ultimative praktische Umsetzung der Vereinstheorie!). Dies ist durchaus möglich, da die Grundidee einer Dienstleistungskooperative modular ausbaubar ist. Sie kann sukzessive wachsen, in dem neue Partner (oder „befreite Ex-Leistungsbezieher“) mit eigenen Dienstleistungen beitreten und sich so eine verbesserte Wettbewerbssituation verschaffen, da sie sich völlig auf die Kernarbeit konzentrieren können und die zentrale Verwaltung (gewerblicher Beitrag der ursprünglichen Vereinsmitglieder) eine kostengünstige Abwicklung aller daneben anfallenden Arbeiten sicherstellt.

Mit all dem lässt sich natürlich kein „neues Wirtschaftswunder“ anschieben, aber es können Einkommensverhältnisse für Arbeitgeber und Arbeitnehmer erreicht werden, die zumindest die allgemeinen Lebenshaltungskosten zufrieden stellend abdecken und die Abhängigkeit von Transferleistungen verhindern. – Hierbei gilt es auch zu bedenken, dass der Verein nebenbei nicht untätig bleiben, sondern konzentriert auf die Schaffung von begleitenden Strukturen hinarbeiten wird, die regional eine Verminderung der Lebenshaltungskosten denkbar werden lassen.

5.) Spezielle Projekte ... in der Planung fertig, benötigen aber dringend noch die entsprechenden Ausgangsvoraussetzungen – sprich: die grundlegende Arbeits- und Geschäftsfähigkeit des Vereins ...

a) Generationsübergreifendes Wohnen mit der zentralen Zielsetzung der Schaffung von realen Wohn-, Lebens- und Arbeitsgemeinschaften ... im weitesten Sinne „Prinzip Großfamilie“:

In aller Kürze geht es hierbei darum, leer stehenden (ggf. auch renovierungsbedürftigen) Wohnraum durch den Verein anzumieten und interessierten Betroffenen im Einklang mit der sozialgesetzgeberischen Definition von „angemessenem Wohnraum“ und unter der Grundsatzbedingung verfügbar zu machen, dass sie sich an gemeinschaftsbildenden und –fördernden, aber auch (im Sinne der Vereinsarbeit) sozialen Projekten beteiligen. So weit als möglich sollen die notwendigen Instandsetzungs- und Renovierungsarbeiten vom Verein selbst geleistet werden (wobei irgendwann die unter „4.“ beschriebene Dienstleistungskooperative eine maßgebliche Rolle spielen soll!) ... für eine genauere Spezifizierung des Projekts verweisen wir auf den Abschnitt 4 **Spezielle Projekte**, Unterpunkt „a“ **„AmSeL-Nest** oder bitten um entsprechende Anfrage beim Verein.

b) Immobiliensicherung gegen Risiken der Pflegebedürftigkeit im Alter oder sozialen Abstieg durch Langzeitarbeitslosigkeit und Hartz IV:

Ebenso kurz und bündig wie oben ... hierbei geht es um eine möglichst frühzeitig anzustrebende Absicherung gegen die o. g. Risiken, die – sehr vereinfacht ausgedrückt – durch den Umstand entstehen, dass man in Deutschland zunächst „Vermögen verbrauchen oder notfalls zwangsverwerten muss“, ehe die sozialen Sicherungssysteme greifen. Die grundlegenden Fakten setzen wir als bekannt voraus – andernfalls können weiterführende Informationen im Abschnitt 4 b nachgelesen oder wie oben beschrieben angefordert werden.

Für beide Projekte gilt, dass sie der Wiederbelebung des Gemeinschaftsgedanken und gleichzeitig der Überwindung von Ausgrenzung und Isolation gewidmet sind, die in besonderem Maße unsere älteren Mitbürger/innen, aber auch Alleinerziehende und sozial schwache Familien betreffen. Denn: **Wo der Staat oder die regionalen Verantwortlichen nicht aktiv werden (wollen!), um diese über gut dreißig Jahre vorangetriebene gesellschaftliche Fehlentwicklung im Sinne des**

(ursprünglichen Sinns und Inhalts des) Grundgesetzes, der Menschenrechte und des „viel besungenen“ Gemeinwohls zu „heilen“, muss sich die Gesellschaft dieser lebensnotwendigen Aufgabe nach dem Prinzip einer neuen Kultur des solidarischen bürgerschaftlichen Engagements selbst annehmen!

Hervorheben müssen und möchten wir, dass unser Konzept sich so weit als möglich an dem Prinzip der Generierung von **adäquater Hilfe zur Selbsthilfe** orientiert und von seinem programmatischen Aufbau her reine „Leistungserbringer und/oder Nutznießer“ weder vorsieht noch zulässt. Wir gehen von der Überzeugung aus, dass jede Leistung, die ein Mitglied der regionalen Gemeinschaft zu erbringen vermag, für diese einen realen Wert besitzt und demzufolge „Gegenleistungen“ der Solidargemeinschaft rechtfertigt ... so entsteht der von uns vorgesehene „gesunde Kreislauf“, von dem letzten Endes jedes einzelne Mitglied der regionalen Gesellschaft in angemessener und gerecht verteilter Weise profitieren kann und wird. – Bei konsequenter und gemeinschaftlicher Umsetzung des Konzepts wird so auch eine unwiderlegbare Zukunftssicherheit für die Region generiert!

Ein wichtiger Aspekt und – wie wir zu behaupten wagen – Vorteil dieses Konzepts ist, dass es sich ohne großen Aufwand in buchstäblich jeder Region unseres Landes aufbauen und etablieren lassen kann. Bei strikter Beachtung der grundlegenden Vereinszwecke der I.B.E. AmSeL e.V. durch engagierte Menschen in diesen Regionen kann die in unserem Kreis und unserer Region angelaufene Vorarbeit problemlos auf jede Region, ungeachtet ihrer infrastrukturellen und gesellschaftlichen Eigenheiten, übertragen werden und die damit verbundenen Unterlagen würden interessierten Frauen und Männern von uns auch kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Dabei ist es zwar angestrebt, diese Ausweitung des Programms unter „unserem Namen“ zu gestalten, wir würden aber auch akzeptieren, wenn sich andere Initiativen, Vereine oder Organisationen dieser Hilfestellung als Kooperationspartner bedienen und das Engagement unter dem eigenen Namen (dann allerdings mit „Urheberbenennung“) betreiben möchten.

Hierbei folgen wir der unangreifbaren Tatsache, dass der Name einer Sache zweitrangig ist, so lange sie im Rahmen der von uns verfolgten Zielsetzungen auf-, ausgebaut und zur praktischen Anwendung gelangen wird. Es geht um die Sache ... das müssen sich alle Menschen vergegenwärtigen, die sich soziales oder politisches Engagement in Sinne des Gemeinwohls, der gerechteren Verteilung von „Volksvermögen“ und/oder die **Schaffung direkter Demokratie und die staatliche Souveränität unseres Landes** auf die Fahnen schreiben!

Zweckmäßige und notwendige Modifikation der ursprünglichen Vereinsziele

Wie bereits ausführlich dargelegt und begründet, ist uns absolut klar, dass sich unser Vorhaben nur dann zeitnah und umfassend verwirklichen lassen wird, wenn wir es als Mitglied einer starken und kontinuierlich wachsenden Gemeinschaft „vermarkten“ und uns als gleichberechtigter Partner in einem basisdemokratischen und sozialen Netzwerk etablieren können. Dieser Erkenntnis folgend bemühen wir uns kontinuierlich um die Zusammenarbeit mit geeigneten Partnern und hoffen dies innerhalb der kommenden zwei Monate auch zum gewünschten Abschluss bringen zu können. – Da wir selbst keine politischen Ambitionen hegen und unser Betätigungsfeld dauerhaft als an der gesellschaftlichen Basis angesiedelt betrachten – wird – wie ebenfalls bereits angemerkt – sorgfältig nach passenden und glaubwürdigen Kooperationspartnern auf dem politischen Parkett Ausschau gehalten. Unserer Meinung nach sind wir auch hier fündig geworden und davon überzeugt, dass nunmehr alle Voraussetzungen geschaffen sind, um einen wahrhaftigen Reformprozess anschieben und maßgeblich mit gestalten können, der diese Bezeichnung verdient und alle erforderlichen Veränderungen bis hin zu einer völkerrechtlich einwandfreien und verbindlichen Neugestaltung unseres Staates auf der Basis einer realen und direkten Demokratie ermöglichen wird.

Da wir uns für dieses gemeinsame Ziel einsetzen können, ohne von der Richtung abweichen zu müssen, die wir der Arbeit unseres Vereins durch die Satzung vorgegeben haben, ist eine Satzungsänderung derzeit nicht nötig, so dass wir ohne weitere Verzögerung in ein strategisch und zielführend erweitertes Engagement einsteigen können.

Mit Abschluss der vorbereitenden Konsultationen, die Ende September in die Gründung einer bundesweit agierenden „Interessenvertretung für das deutsche Volk“ münden sollen, werden wir als Verein auch die regionale Repräsentanz der dann bestehenden Kooperative übernehmen.

In diesem Rahmen soll auch eine Begegnung und ausführliche Verhandlung mit der Vorsitzenden der „AMP“ – Frau Dagmar J. Sall-May – stattfinden, der wir eine Ehrenmitgliedschaft unseres Vereins anbieten und gleichzeitig mit einer Vereinbarung zur gegenseitigen Unterstützung (auch hinsichtlich der unglaublichen Kampagne, die seit geraumer Zeit gegen sie stattfindet!) abschließen möchten.

Trotz dieser logischen und dringend erforderlichen Ausweitung unseres Vereinsengagements werden wir vorrangig unsere originären Zielsetzungen im Auge behalten, aber überall dort und immer dann als Kooperationspartner und Verbündeter aktiv mitwirken, wo es für die Verwirklichung der gemeinsamen Ziele erforderlich sein wird.

Wir bauen darauf, dass unser engagiertes und eigenverantwortliches Mitwirken an einem basisdemokratischen Aufbruch unserem regionalen Engagement ebenso viel Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit verleihen wird, wie unser nicht minder aufrichtiges und uneigennütziges Eintreten für Menschen in Not – und deshalb vertrauen wir auch darauf, dass unsere Mitmenschen irgendwann begreifen werden, dass es nicht zuletzt in ihrem ureigensten Interesse ist, wenn sie diese Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit unsererseits endlich anerkennen und selbst daran mitwirken, unsere Gesellschaft noch rechtzeitig auf einen sicheren Kurs zu bringen, bevor unsere „Herrschenden“ sie mit mörderischem Tempo endgültig gegen die Wand fahren können!

Wir hoffen aber auch darauf, dass unsere Mitbürger/innen irgendwann aus ihrem bedrohlichen Dornröschenschlaf erwachen und sich von der Gehirnwäsche erholen werden, die von den Meinungsmachern der Kapitalelite dazu benutzt wird, das deutsche Volk dumm, still und uneinig zu halten. Die Beweise dafür, dass die „öffentlich verbreitete Wahrheit“, wie sie von den Politikern, den Medien und zahllosen Trittbrett fahrenden Experten und Beratern formuliert und mit immensem Aufwand „unters Volk gestreut“ wird, nichts anderes als brüchige Fassaden sind, hinter denen sich die wahren Intentionen und Ziele der eigentlichen Machthaber verbergen, nehmen jedenfalls in atemberaubender Weise zu und sollten diesem Erwachen den erforderlichen Vorschub leisten.

In diesem Zusammenhang ist es uns ein dringendes Bedürfnis, Sie alle zum wiederholten Male darauf aufmerksam zu machen, dass wir a) auch selbst an dem Dilemma Schuld sind, unter dem wir leiden und das für die nachfolgenden Generationen noch ungleich schlimmer werden wird ... und b) dass wir **die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen dürfen** ... noch mal „zu spät aufzuwachen“ können wir uns nicht leisten, weil nach dem nächsten großen Krieg, der **in Wahrheit längst begonnen hat**, nichts mehr übrig bleiben wird, womit sich ein „Wiederaufbau“, gleich welcher **sinnvollen** Art bewerkstelligen lassen könnte!

Es gäbe noch viel mehr anzuführen, aber diejenigen, die dieser Meinung sind und mehr erfahren möchten, können sich über die im Anhang angegebenen Webseiten mühelos selbst informieren.

Abschnitt 4

Spezielle Projekte

Die im vorhergehenden Abschnitt bereits kurz vorgestellten Projekte dienen verschiedenen Zwecken, vorrangig stellen sie aber die praktische Umsetzung der Vereinsziele dar – sollen also der Beweisführung dienen, dass sich unsere These bei entsprechender Unterstützung durch betroffene und nicht betroffene Mitglieder der regionalen Solidargemeinschaft, sowie mit der leider unabdingbaren Mindestausstattung mit finanziellen Mitteln ebenso problemlos wie vergleichsweise kostengünstig realisieren lassen. Und auch dem Beweis, dass die von uns entwickelte und für die umgehende Umsetzung bereitgestellte Idee auf breiter Basis als die bessere Alternative zu derzeit bevorzugten „öffentlichen Lösungsansätzen und dafür ersonnenen Maßnahmen“ anbietet ...

Gemeinwohl, Eigeninitiative, Eigenverantwortlichkeit, „Kosteneffizienz“, zwischenmenschliche und praktische Solidarität und nicht zuletzt eine **reelle Entlastung der immer mehr schrumpfenden Gruppe der Steuer- und Beitragszahler** ... all diese überzeugenden Argumente sprechen für das „AmSeL-Konzept“, das sich durch die Verwirklichung der nachfolgend geringfügig eingehender beschriebenen Projekte schon sehr bald als Modellprojekt für die gesamte Republik erweisen könnte. Hinzu kommt, wie bereits mehrfach betont, dass sich diese Projekte – neben dem Zweck der gemeinschaftsbildenden und sozialen Zusammenhalt schaffenden Neudefinition des Begriffs „bürgerschaftliches Engagement“ – vor allem deshalb empfehlen, da sie keine reinen Leistungserbringer und Nutznießer, sondern am Ende eine in sich gefestigte und zukunftsfähige Gemeinschaft generieren werden!

Die einzelnen Projekte, in der Planung fertig – abgesehen von den Voraussetzungen und Arrangements für deren abschließende Verwirklichung eine stärkere öffentliche Präsentation und dafür wiederum ein entsprechendes finanzielles Aktionsfundament des Vereins notwendig ist – sind:

- a) **„AmSeL-Nest“**
Projekt zur Schaffung von **Wohn-, Lebens- und Arbeitsgemeinschaften** auf der Basisidee des **generationsübergreifenden Wohnens** ...
- b) **Projekt zur Absicherung von Immobilieneigentum gegen Notlagen, die aus Pflegebedürftigkeit oder Arbeitslosigkeit (Hartz IV) erwachsen können**
- c) **Projekt „Dienstleistungskooperative“**
Wichtiger Grundpfeiler des Vereinszwecks, da damit eine alternative Finanzierung der Vereinsarbeit erschlossen, die zentral aktiven Mitglieder aus der Abhängigkeit von Transferleistungen heraus gelöst und Strukturen für eine weitreichende Umsetzung der Zielsetzungen geschaffen werden können.

Als ebenfalls nicht unerheblichen Begleiteffekt einer entschlossenen und zielführenden Realisierung dieser Projekte muss geltend gemacht werden, dass sie von Anfang an positive Impulse für Handel und Wandel in der Region initiieren könnte und würde!

Zu A = „AmSeL-Nest“

Die grundlegende Idee des Projekts wurde bereits dargestellt und soll hier nur dahingehend erweitert werden, die immensen Möglichkeiten aufzuzeigen, die sich damit in relativ kurzer Zeit und mit verhältnismäßig geringem Kostenaufwand erschließen lassen würden.

Angesichts einer fortschreitenden gesellschaftlichen Entmenschlichung und Isolation, von der vor allem ältere Mitmenschen, Alleinerziehende und einkommensschwache Familien (aber durchaus auch isolierte und bedürftige Singles) betroffen sind, scheint es uns dringend angeraten, dieser Entwicklung gezielt und entschlossen entgegenzuwirken, die letztlich ja auch maßgeblich auf der Schwächung der familiären Bande als Kernelement solidarischer Gesellschaftsstrukturen beruht.

Darüber hinaus muss es mittlerweile als wissenschaftlich erwiesen angesehen werden, dass gerade ältere Mitbürger/innen allein dadurch bereits eine nachhaltige Verbesserung ihrer Lebensqualität erfahren können, wenn sie in „quasi-familiäre“ Gemeinschaften integriert werden, in denen sie sinnvolle und erfüllende Aufgaben im Sinne des generationsübergreifenden Zusammenlebens übernehmen können. Dieser unbestreitbare Umstand kann im Umkehrschluss auch die Situation von eingebundenen Alleinerziehenden oder einkommensschwachen und/oder kinderreichen Familien erheblich verbessern – zumal dann, wenn das Gesamtprojekt in die gemeinnützigen und auf die Schaffung solidarischer Strukturen konzentrierten Aktivitäten eines eingetragenen Vereins eingebettet ist.

Ein weiteres gewaltiges Plus dieser Idee – bspw. im Vergleich mit den meisten herkömmlichen Projekten des Bereichs „generationsübergreifenden Wohnens“ besteht im modularen Aufbau des Vereins und seines Engagements, wodurch weite Teile der erforderlichen Maßnahmen über eine zentrale Koordination abgewickelt werden können. Und ebenfalls zu beachten ist, dass sich die „solidarisierende“ Zielsetzung hinsichtlich der Schaffung einer realen regionalen Solidargemeinschaft in einer Kombination von Eigenleistung und kooperativen Strukturen geradezu zwangsläufig auch für die kleineren (aber auch größeren) Partner auszahlen werden, wodurch auch das Ziel der Schaffung von regulären Teil- und Vollzeitstellen (aus der oben genannten Gemeinschaft heraus) rasch zum erreichbaren Ziel avancieren kann.

Grundlagen

Geplant ist eine Anmietung von freistehendem Wohnraum – besonders geeignet wären größere, eventuell mit landwirtschaftlicher Nutzfläche verbundene Anwesen, aber es ist auch vorgesehen, mit einem entsprechenden Konzept an die regional ansässigen Wohnungsbaugesellschaften heranzutreten. Ziel muss es dabei sein, mit den Vermietern Konditionen auszuhandeln, die ein Bestreiten aller anfallenden Kosten aus den Mietzahlungen sicherzustellen, die in der Regel von den zuständigen Trägern der Grundsicherung übernommen werden müssen.

Besondere Beachtung muss dabei dem Faktor „Eigenleistung in Sachen Renovierung und/oder Herstellung einer den gesetzlich vorgeschriebenen Mindeststandards entsprechenden Bewohnbarkeit der Mietobjekte“ beigemessen und ggf. in entsprechenden Sondervereinbarungen vertraglich (zwischen Vermieter und Verein) fixiert werden müssen.

Zwischen dem Verein (Hauptmieter) und den künftigen Bewohnern (Betroffene mit Anspruch auf Grundsicherung zuzüglich Kosten für eine angemessene Unterkunft – im rechtlichen Sinne „Untermieter“, für welche auch entsprechende UV-Genehmigungen seitens des Vermieters zu erteilen sein werden!) werden dann Mietverträge geschlossen, die eine angemessene Bezahlung der Wohnung, einschließlich aller Nebenkosten (auch geringfügige verwaltungstechnisch bedingte Kosten) abdecken müssen.

Ggf. erbrachte Eigenleistungen der Bewohner werden im Rahmen von internen Sondervereinbarungen abgegolten, die entweder in gemeinschaftsinternen und vom Verein getragenen „Dienstleistungen“ oder anderen vom Verein dann kostenlos zur Verfügung gestellte Unterstützungsleistungen bestehen können.

Im Fall von Förderung oder Sponsoring können auch andere Formen der adäquaten Gegenleistung für erbrachte Eigenleistungen bei der Erschließung / Renovierung der Unterkünfte gewährt werden (etwa in Form von anteiliger Übernahme der Energie- oder sonstigen Nebenkosten, oder eventuell auch Bereitstellung von Telekommunikationsanschlüssen, welche der Verein aus den Überschüssen seiner Einnahmen finanziert).

Ebenfalls in die Mietverträge aufzunehmen sein werden bestimmte Bedingungen, die von den Mietern ein im Rahmen ihrer individuellen Möglichkeiten, Interessen und Fähigkeiten liegendes Engagement für die Gemeinschaft und darüber hinaus in anderen gemeinnützigen Projekten des Vereins festschreiben. Auch das sehen wir als ein probates Mittel zur Förderung des solidarischen Gemeinschaftssinns und zur Vermeidung von „Leistungsmissbrauch“ zu Lasten der Wohn-, Lebens- und Arbeitsgemeinschaft an, als die jedes derart konzipiertes und realisiertes Projekt in erster Linie überzeugen muss und soll.

Realisierung

Was die Umsetzung des Projekts betrifft, so ist diese vorrangig auf der Basis von Eigenleistungen des Vereins sowie der Zuarbeit der auszuwählenden Bewohner geplant und soll nur in den Bereichen um die Mitwirkung von regionalen Unternehmen ergänzt werden, wo gesetzliche Vorgaben zwingend Leistungen durch dazu legitimierte Fachleute fordern. Möglich (und erstrebenswert) wäre jedoch auch eine Zusammenarbeit mit lokal ansässigen Unternehmen, bei der entsprechendes Fachpersonal gestellt wird, um die Arbeiten zu kontrollieren, welche von Vereinsmitgliedern und/oder künftigen Bewohner/innen des jeweiligen Projekts auf freiwilliger Basis geleistet werden.

Als dritte Möglichkeit wären auch Arrangements mit Unternehmen denkbar, die eine Ausführung von Arbeiten in auftragsschwachen Zeiten mit einer Ratenzahlung aus den Mieterträgen verbindet – noch interessanter wäre eine solche Vereinbarung allerdings, wenn man Förderer oder Sponsoren finden würde, welche die anfallenden Rechnungen begleichen und eine Rückzahlung in der oben angedeuteten Form akzeptieren.

Alle über diese grundsätzlichen Überlegungen hinaus gehenden Ideen und Möglichkeiten sind davon abhängig, dass dem Verein seitens des zuständigen Finanzamtes Hofheim die Gemeinnützigkeit zugesprochen wird. Dies sollte dann, wenn man ein derartiges Modellprojekt realisiert bekommt und die dargestellten Vorgaben eingehalten werden, unserer Ansicht nach keinerlei Probleme aufwerfen ... derzeit ist es aufgrund des Mangels an den notwendigen Finanzmitteln allerdings nicht möglich, das „Pferd Gemeinnützigkeit“ auf diesem Wege aufzuzäumen.

Sollte es gelingen, ein Modellprojekt zu verwirklichen und im Anschluss daran die Möglichkeit genutzt werden können, steuerabzugsfähige Spendenquittungen auszustellen, würden wir eine Verschmelzung des Projekts „AmSeL-Nest“ mit dem nachfolgend beschriebenen Projekt zur Alters- und Immobiliensicherung in Erwägung ziehen. Daraus würde sich eventuell die Möglichkeit zum „Mietkauf“ des einen oder anderen angemieteten Objekts eröffnen – durch einen entsprechenden Vertragsabschluss, der einen Kauf im Rahmen der regulären Mietzahlungen plus angemessene Zuzahlungen aus Mitteln des Vereins vorsieht.

Im Zusammenhang mit dem folgenden Projekt wäre dann mit einem auszuwählenden Notar eingehender zu klären, wie sich diese Idee im Einklang mit dem geltenden Recht verwirklichen ließe.

Zu B = Projekt zur Absicherung von Immobilieneigentum gegen Notlagen, die aus Pflegebedürftigkeit oder Arbeitslosigkeit (Hartz IV) erwachsen können

Auf „die Idee“, unsere Vereinsarbeit auf diesen Bereich auszudehnen, stießen wir schon als wir noch als Initiative versuchten, auf dem Umweg über Hilfestellungen für in Not geratene Betroffene unsere Ideale von solidarischem Zusammenwirken lebendig werden zu lassen. Im letzten Abschnitt haben wir einen Grund dafür, dass diese Konsequenzen einer zunehmenden Zahl von Menschen drohen, bereits eingeführt ... den Grundsatz, dass vor dem Eintreten der sozialen Sicherungssysteme zunächst vorhandenes Vermögen aufgebraucht, ggf. auch zwangsweise verwertet werden muss.

Diese gesetzlich verankerte Tatsache machen sich aber auch verschiedene „Kreise“ – in der Regel ausgehend von der jeweiligen „Hausbank“ – zunutze, die auf diese Weise billig an Immobilienobjekte kommen, die sich dann mit mehr oder weniger hohem Profit weiterverkaufen lassen. Hierzu gäbe es noch so manches mehr zu schreiben, aber das heben wir uns für andere Gelegenheiten auf ... insbesondere meinen wir damit die „Geschäftsmethoden“ einschlägig bekannter „Finanzinvestoren“ („Heuschrecken“ oder „Raubritter“ wären unserer Ansicht nach treffendere Umschreibungen für diese „Leichenfledderer“).

Ungeachtet des auslösenden Faktors (Langzeitarbeitslosigkeit und Abrutschen in Hartz IV oder Eintritt des Pflegefalls in Zusammenhang mit der Isolation älterer Menschen) gilt in all diesen Fällen der oben genannte Grundsatz und das führt in den meisten Fällen dazu, dass die Menschen ihr Eigentum „verleben“ oder veräußern müssen, damit die „Kosten für die Allgemeinheit“ so gering wie möglich gehalten werden können ... alleine diese Überlegung muss man als eine abstruse Milchmädchenrechnung bezeichnen, die nur zu typisch für die „Mainstream-Meinung“ à la Bertelsmann-Stiftung und „Initiative Neue soziale Marktwirtschaft“ (u. a. m.) in unserem Land ist ... denn die Allgemeinheit wird dadurch **natürlich nicht** entlastet, sondern lediglich die „Titelinhaber“ und die Nutznießer der Notlagen profitieren davon, während die betroffenen Menschen damit dem fast sicheren Existenzverlust anheim gestellt werden und über kurz oder lang eben doch im „sozialen Netz“ landen, das bekanntlich gleichzeitig immer weniger leistungsfähig gemacht wird.

Dabei wäre es durchaus möglich – und zwar im Interesse aller Beteiligten (vielleicht mit Ausnahme der rein profitorientierten „Finanzdienstleister“, was aber weder wirtschaftlich noch gesellschaftlich ein bedauernswerter Umstand wäre!) und noch dazu ohne Mehrkosten für die Solidargemeinschaft der Steuer- und Beitragszahler – diese Eskalation von (in der Regel) unverschuldeten Notlagen zu verhindern.

Grundlagen

Die oben geäußerte Behauptung rechtfertigen wir damit, dass es durchaus gangbare, problem- und zielorientierte Möglichkeiten gibt, einerseits den fraglos berechtigten Forderungen der „Hausbanken“ als auch den individuellen Interessen der Betroffenen gerecht zu werden. Es kann – bei logischem und auch bei wirtschaftlichem Denken – wohl kaum in Frage gestellt werden, dass es für die Bank ein besseres Geschäft ist, wenn Ihre Forderungen auf regulärem Wege und umfassend befriedigt wird als wenn die Immobilien der Gläubiger mittels Zwangsversteigerung (oder Zwangsverwertung) teilweise deutlich unter Wert abgestoßen und die Betroffenen zusätzlich in eine ausweglose Abwärtsspirale gestürzt werden, die fast ausnahmslos mit dem vollständigen Existenzverlust endet.

Mit einem Trägerverein als verantwortlichem Partner könnte sich dieses Problem sowohl kostendeckend als auch sozial verträglich lösen lassen – wobei auch hier nicht unerwähnt bleiben soll, dass dafür die Anerkennung der Gemeinnützigkeit eine unabdingbare Voraussetzung ist. – Der Verein könnte einerseits als Vermittler zwischen Bank und

Schuldner auftreten und andererseits im Rahmen seiner Zielsetzungen Möglichkeiten bereit stellen, die sowohl der Befriedigung der materiellen Ansprüche der Bank als auch der umfassenden Interessenwahrung für die Betroffenen dienen können.

Nur als ein Beispiel soll ihr die „Aufstockung der Zahlungen“ (im Rahmen von Notlagen, die auf Langzeitarbeitslosigkeit beruhen) mittels Untervermietung im Einklang mit den räumlichen Gegebenheiten und natürlich auch der Sozialgesetzgebung angeführt werden. Dadurch würde eine Grundlage geschaffen, die den Verbleib des zahlungsunfähig gewordenen Betroffenen in seinem Heim möglich macht, weil durch die Untervermietung auch der Sachverhalt einer „unangemessenen Größe“ oder zu hohen Miete umgangen wird. Die dann zu gewährende Sicherung der Kosten für die Unterkunft würde in Addition mit der zu zahlenden Miete für die untervermieteten Räumlichkeiten in der Regel ausreichen, um einen Vergleich mit der jeweiligen Bank zu schließen.

Realisierung

Trotz der thematisch identischen Grundlagen wird in Bezug auf eine Vermeidung des Immobilienverlusts, der immer auch einen vorausprogrammierten Verlust in Sachen Existenz- und Alterssicherung bedeutet, ein unterschiedlicher Lösungsansatz zu wählen sein.

Bei der Problemstellung Langzeitarbeitslosigkeit / Hartz IV und noch nicht abgezahlte Kosten für ein Haus oder eine Eigentumswohnung würde das oben dargestellte Beispiel in aller Regel ausreichende Gestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich einer Abwendung von Aufkündigung des Darlehensvertrags und Zwangsversteigerung bieten. Auch hier sollte ein Verein als Träger und Garantievermittler auftreten – nach Möglichkeit sogar als Mieter der zur Disposition stehenden verfügbaren Räumlichkeiten. Dadurch erhöht sich die Sicherheit für die jeweilige Bank und sollte in den meisten Fällen auch zu einer grundsätzlichen Verhandlungsbereitschaft mit dem Ziel eines einvernehmlichen Vergleichs führen.

Wesentlich schwieriger und komplexer ist eine Intervention im Fall des Eintritts eines gravierenden Pflegefalls, womöglich noch erschwert durch das Fehlen eines familiären Anschlusses und der Möglichkeit einer innerfamiliären Regelung der Pflege.

In Bezug auf die Absicherung gegen einen derart gelagerten Fall und das daraus resultierende Risiko des Verlusts einer (eventuell sogar abgezahlten) Immobilie wäre es ratsam, schon frühzeitig Gegenmaßnahmen einzuleiten, auch wenn natürlich niemand daran denken mag, eines Tages mal auf häusliche Pflege angewiesen sein zu können.

Doch auch für diese Problemstellung könnte das „AmSeL-Konzept“ Vorsorge- und Reaktionsmöglichkeiten anbieten, welche neben dem Schutz vor den genannten Folgen auch noch den Vorteil haben, dass sie – richtig eingesetzt – auch den psychisch und emotional belastenden Schatten der Möglichkeit des Eintritts einer schweren Pflegebedürftigkeit zu verdrängen helfen könnte. - Wie das?

Nun, ganz einfach: ältere Menschen (allein lebende oder Ehepaare ohne Familienanschluss) können sich durch eine Mitgliedschaft im Verein und eine Inanspruchnahme der geplanten unterstützenden Dienstleistungen frühzeitig in eine wachsende und **zusammenwachsende** Gemeinschaft integrieren – ggf. auch im Rahmen ihrer Möglichkeiten Hilfestellungen für andere – bedürftige – Vereinsmitglieder gewähren. Eine der dadurch verfügbar zu machenden Hilfeleistungen wäre beispielsweise eine sozial verträgliche Vermietung von überschüssigem Wohnraum an Vereinsmitglieder, die im Gegenzug anfallende Arbeiten übernehmen, die den Hausbesitzern und Vermietern Mühe bereiten. Abgesehen davon, dass dies bei optimalem Verlauf (worauf der Verein selbstverständlich auch einen nicht

unerheblichen Einfluss ausüben könnte) zum natürlichen Entstehen von zwischenmenschlichen Bindungen führen würde, die für den Fall einer geringen Pflegebedürftigkeit durch die jeweiligen Untermieter eine vollkommen ausreichende Gewährleistung der notwendigen Hilfe sicherstellen. Sollte darüber hinaus mehr Pflegebedarf entstehen, würde dessen Gewährleistung durch den Verein – ggf. in Zusammenarbeit mit darauf spezialisierten Kooperationspartnern sichergestellt werden.

Auf dieser Grundlage könnte eine Notlage, die in einer Zwangsverwertung des Hauses der Betroffenen münden könnte, von vornherein vermieden und die Entwicklung seitens des Vereins durch kontinuierliche Anpassung der Vereinbarung kontrolliert werden. Für die endgültige Regelung solcher Fälle stehen mehrere Möglichkeiten zur Verfügung, von denen hier nur zwei als Beispiele angeführt werden sollen:

- 1.) Der/die Hausbesitzer/in (ggf. unter Einbeziehung von erbberechtigten Angehörigen, die hinsichtlich der Übernahme von Pflegeleistungen aus welchen Gründen auch immer nicht zur Verfügung stehen) schließt eine Vereinbarung mit dem Verein ab, die diesen als „gesetzlichen Betreuer“ für den Fall des Falles einsetzt. Der Verein verpflichtet sich im Gegenzug dazu, alle anfallenden Angelegenheiten stets im besten Interesse des/der „Vertragspartner“ und etwaiger Erbberechtigten wahrzunehmen und wird dafür angemessen vergütet ... ggf. auch über die Pflegeversicherung, was aber im Einzelfall durch einen Notar festgelegt und beantragt werden müsste. – Neben der vorrangig zu erreichenden Sicherung des Haus- und Grundbesitzes würde eine solche Regelung auch einschließen, dass die Betroffenen eine menschlich und qualitativ hochwertige Betreuung erhalten und zeitlebens vor der „Abschiebung in ein Pflegeheim“ bewahrt bleiben würden.
- 2.) Es wird (insbesondere sinnvoll bei älteren Mitbürger/innen ohne jeglichen Familienanschluss) ein Vertrag geschlossen, der eine Übernahme des Hauses (etwa auf der Grundlage des Erbbaurechts) durch den Verein mit einem zeitlich unbefristeten Wohnrecht und einer verbindlich geregelten Zusage bezüglich eventuell später zu erbringender Pflegeleistungen verbindet. – Wie genau das zu regeln ist, insbesondere hinsichtlich der Abwicklung des Erwerbs / der Übernahme der Immobilie durch den Verein, muss für jeden Einzelfall separat ausgehandelt, niedergeschrieben und notariell beglaubigt werden.

Der Abschluss aller Arten von solchen Vereinbarungen kann jederzeit erfolgen – also auch als eine Art Versicherung für den Fall des Eintritts einer gravierenden Pflegebedürftigkeit und zu einem Zeitpunkt wenn der/die Vertragspartner/in sich noch bester Gesundheit erfreut. Tritt der Pflegefall irgendwann tatsächlich ein, ist alles umfassend geregelt und tritt er nicht ein, entstehen weder dem/der Hausbesitzer/in noch dem Verein irgendwelche finanzielle oder sonst wie geartete Nachteile.

Wie unter „A“ bereits festgestellt, sind beide „Wohnprojekte“ sehr leicht und gut miteinander kombinierbar, wobei ausreichende Finanzmittel des Vereins und die Anerkennung zur Gemeinnützigkeit als grundlegende Voraussetzungen gegeben sein müssen. Die unbestreitbaren Möglichkeiten, die vor allem auf gesellschaftlicher und zwischenmenschlicher Ebene als enorm zu bezeichnen sind, sollten dies – im Zusammenhang mit dem Faktor, dass der Verein keine über die Eigenkosten hinaus gehenden Profite anstreben und benötigen würde – auch für die Allgemeinheit zu einem nicht nur sinnvollen, sondern auch förderungswürdigen Gesamtprojekt machen – man könnte auch sagen zu einer lohnenden Investition in die eigene und noch bedeutsamer die Zukunft der kommenden Generationen!

Zu C = Projekt „Dienstleistungskooperative“

Unsere diesem Projekt zugrundeliegenden Überlegungen wurden im dritten Abschnitt unter Punkt 4 bereits weitgehend dargelegt und sollten sowohl als vernünftig wie auch als überzeugend nachvollziehbar bezeichnet werden können.

Noch einmal betonen möchten wir die herausragende Kombinationsmöglichkeit dieser „gewerblichen Schiene“ mit allen übrigen Zielen und Vorhaben des Vereins, wobei dessen „Schirmherrschaft“ ein ganz gewichtiges Argument für die zielgerichtete Umsetzung der Pläne darstellen sollte.

Ein weiterer Pluspunkt dieses Vorhabens ist – auch das wurde bereits deutlich gemacht – seine modulare Ausbaufähigkeit, bei gleichzeitiger Kostenminimierung für alle neben den einzelnen Kerngeschäften anfallenden Verwaltungskosten. Hierbei muss gesondert klargestellt werden, dass die grundsätzliche Ausrichtung dieser Dienstleistungskooperative auch für etablierte alleinstehende Unternehmen der bedienten Branchen nicht als Konkurrenz gelten muss ... die Möglichkeit von Kooperationen ist vielfältig auslegbar und kann das auskömmliche Nebeneinander diverser Unternehmen bspw. im Bereich des aufwandsbedingten Mehrbedarfs an Arbeitskräften einschließen. Das „Einzigartige“ daran – z. B. im Vergleich zu „ähnlich gearteten“ Angeboten der Bundesagentur für Arbeit, der zuständigen kommunalen Behörden und dabei immer „störend auftretenden“ Leih- oder Zeitarbeitsfirmen – wäre, dass die „Vermietung“ von Arbeitskräften auf einem Niveau verwirklicht werden könnte, das keine Mehrkosten für die Unternehmen oder Geschäfte hervorrufen und den Beschäftigten dennoch bedeutend angemessenere und den realen Lebenshaltungskosten entsprechende Einkünfte zugestehen würde, da die „horrenden Zwischenhändlerpreise“ wegfallen würden! – Abgesehen von einem minimalen Kostenaufkommen für die zu leistende Vermittlungstätigkeit würden für derartige Kooperationsleistungen keinerlei Gebühren erhoben werden ...

Der letzte Punkt, den man auch nochmals herausstreichen muss, weil er das „universelle Potential“ dieser Idee unwiderlegbar ausmacht, ist die problemlose Verlagerung dieses Gesamtkonzeptes in jede Region unserer Republik. Es gilt letztlich nur, die grundlegende Idee zu übernehmen und dann den jeweils gegebenen regionalen Bedingungen anzupassen. Hierbei muss ergänzend auf den Umstand hingewiesen werden, dass sich die gewerbliche Schiene aus dem Gesamtkonzept der „AmSeL-Idee“ nicht herauslösen lässt, sondern nur bei einer 1:1-Umsetzung ihren gemeinschaftsfördernden und reellen Problemlösungen offerierenden Nutzen entfalten kann.

Dass sich dieses Projekt als in den Aufbau eines gemeinnützigen Vereins integrierter Bestandteil irgendwo in unserem Land nicht erfolgversprechend in Angriff nehmen lassen könnte, ist eine Annahme, die man angesichts seiner unbegrenzten Variationsmöglichkeiten getrost als Unfug zurückweisen kann!

Abschnitt 5

Grundsätzliche Voraussetzungen für überregionale Etablierung der Idee und Absicherung durch kontinuierlichen Zuwachs an Sachkompetenz

Die elementare Grundvoraussetzung für die Verwirklichung dieser Zielsetzung ist die erfolgreiche und umfassende Etablierung der Idee in einer Region ... als im vorliegenden Fall besonders relevant käme hinzu, dass sie ihren Ursprung in einer Region hat, die zu den reichsten in unserem Land zählt und deshalb grundsätzlich eher keinen fruchtbaren Nährboden für derartige Bestrebungen bietet!

Auf der anderen Seite gilt das Rhein-Main-Gebiet als ein „Innovationszentrum“ und die meisten Entwicklungen, die hier ihren Ursprung hatten, haben sich früher oder später bundesweit oder gar über die Staatsgrenzen hinaus durchgesetzt. Natürlich gibt es da „gewisse Unterschiede“ zwischen dem von uns verfolgten Ziel und jenen lukrativen Innovationen für die u. a. der Großraum Frankfurt am Main bekannt ist, aber da der Idee eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung innewohnt, die mittelfristig auch im Bereich des „zu erwartenden volkswirtschaftlichen Nutzfaktors“ durchaus interessant erscheinen sollte, wäre es vielleicht mal an der Zeit ein Exempel dafür zu statuieren, dass sich Begriffe wie Innovation und Erfolg nicht alleine an dem Nutzen messen lassen müssen, den sie für eine verschwindend kleine, aber „ungemein elitäre“ Minderheit zu generieren vermögen?

Auch wenn es sich „reichlich Größenwahnsinnig“ anhören mag, diese kurz zusammengefassten Gedanken bildeten die Grundlage unseres „Aufbruchs“ und nur weil die zuständigen Herrschaften in unserem Kreis, einschließlich Kreisstadt von dem Gedanken an diese Art von Innovation offensichtlich nicht vom Hocker gerissen und wenigstens zu einer minimalen Kooperationsbereitschaft inspiriert wurden, muss der grundlegende gedankliche Hintergrund ja noch lange nicht falsch sein.

Gelingt es uns also durch das Interesse und eine entsprechende Unterstützung seitens privater Sponsoren und/oder Förderer, unser Engagement von der theoretischen Vorarbeit auf das Niveau der praktischen Umsetzung zu erheben ... und vorausgesetzt unser bisher finanziell arg eingeeengtes Engagement trägt wenigstens die als realistisch einzuschätzenden Früchte ... dann ist nicht nur der erste, sondern zugleich auch der wichtigste Schritt hin zu einer sukzessiven, theoretischen und praktischen Weiterverbreitung unseres Konzepts geschafft. Wir sind davon überzeugt, dass die erfolgreiche Umsetzung des Konzepts in einer außerordentlich wichtigen Region wie dem Rhein-Main-Gebiet die erhoffte Sogwirkung entfalten und bislang nur „reserviert interessierten“ Menschen den Mut und die Tatkraft einhauchen kann, diesem Beispiel in ihrer jeweils eigenen Region mit dem erforderlichen Maß an Entschlossenheit und Rückgrat nachzueifern.

Wie schon im Abschnitt *Kurzdarstellung I.B.E. AmSeL e.V.* betont, ist es für uns dabei absolut zweitrangig, ob die Übernahme der Idee auch die Annahme des Vereinsnamens beinhalten würde. Wichtig ist nur, dass die Idee nach bestem Wissen und Gewissen sowie unter Abrufen der jeweils individuellen Fähigkeiten der Verantwortlichen im Sinne der dargelegten Zielsetzung umgesetzt wird. – Für diesen Weg sollten sich aber nur **Vereine** entscheiden, die selbst den Prozess der amtlichen Eintragung schon durchlaufen haben ...

alle anderen – Interessengruppen, Bürgerinitiativen, Selbsthilfeinitiativen o. ä. – sollten hingegen den Vorteil nutzen, sich als Regionalvertretung eines bereits eingetragenen Vereins aufzustellen, dessen Anerkennung zur Gemeinnützigkeit nach Schaffung der in diesem Konzeptpapier ausgiebig dargestellten Grundvoraussetzungen nur noch eine Frage der Zeit sein wird.

Wem das – abgesehen von der Gemeinnützigkeit – nicht so recht einleuchten mag, sollte sich mal kundig machen, was die rechtlichen Unterschiede angeht, die zwischen einem eingetragenen Verein und jeder anderen Form des organisierten Engagements bestehen ... spätestens dann wird jede/r begreifen, dass die unscheinbare Abkürzung „e.V.“ für ein vernünftiges und zielführendes Arbeiten ungemein wichtig ist!

Ein weiterer Vorteil des Prinzips „Regionalvertretung“ ist das einheitliche Erscheinungsbild und das gemeinsame Auftreten als in sich geschlossene Gemeinschaft – die noch dazu Gründungsmitglied eines Netzwerks sein wird, das sehr gute Aussichten hat, die zusätzlichen Voraussetzungen in ausreichender Qualität herzustellen, die im folgenden Abschnitt angesprochen werden.

Bleiben wir also beispielhaft mal bei der Idee, den Verein I.B.E. AmSeL e.V. mit Hilfe von weiteren Regionalvertretungen dem Ziel der bundesweiten Präsenz unaufhaltsam näher zu bringen ... jedes neue Mitglied (also auch die verantwortlichen Frauen und Männer der hinzukommenden Regionalvertretungen) bringt seine individuellen Erfahrungen und Fähigkeiten in diese Gemeinschaft ein. Das bedeutet vor allem, dass sich die Kompetenz des Vereins dadurch systematisch erhöht und darüber hinaus durch gezielte Schulungs- oder Weiterbildungsmaßnahmen noch zusätzlich untermauert werden kann.

Da schon der Vereinsname in ungekürzter Fassung **Aktionsbündnis multifunktionale Solidarität einigt Lebenserfahrung** unmissverständlich hervorhebt, dass unser vorrangiges Ziel nicht in der Bildung von Hierarchien, sondern in der Schaffung einer Verantwortung und erforderliche Arbeitsleistung auf so viele Schultern wie möglich verteilenden Gemeinschaft besteht, sollte auch erkennbar werden, dass niemandem vorgeschrieben werden soll und wird, wie er oder sie das Engagement in der eigenen Region gestalten und bestmöglich umsetzen kann.

Selbstverständlich ist schon ein gewisses Maß an „oberster Verantwortlichkeit“ notwendig – in Gestalt eines vertretungsberechtigten Vorstands, dessen Erweiterung nicht beliebig möglich ist. Es ist jedoch geplant, sobald einige neue Regionalzentren hinzugekommen sind, einen zusätzlichen Vorstand wählen zu lassen und zum respektive zur Koordinator/in der überregionalen Zusammenarbeit zu benennen. Gleichzeitig wird ein Beirat eingerichtet, in dem alle Initiatoren und Verantwortlichen (maximal zwei Personen pro Regionalvertretung) der einzelnen regionalen Vertretungen als erweiterter Vorstand ein gleichberechtigtes Stimmrecht erhalten sollen. Wenn es so weit ist, wird zudem eine Satzungsänderung angestrebt, durch die es dem geschäftsführenden Vorstand ermöglicht wird, regionale Stellvertreter zu ernennen und diese mit eingeschränkten Vertretungsrechten auszustatten, welche den eingesetzten Damen und Herren weitreichende Handlungsspielräume eröffnen und lediglich in kritischen (finanzielle oder allgemeine, gegen Vereinssatzung und die darin festgeschriebenen Zwecke verstoßende Risiken) Fällen einer schriftlichen und abschließenden Zustimmung des beim Vereinsregister eingetragenen Vorstands bedürfen sollen.

Dank der Möglichkeiten moderner Telekommunikationstechnik wäre eine reibungslose und umfassend zweckdienliche Zusammenarbeit auf für räumlich weit auseinanderliegende Partner mühelos realisierbar und im Zweifels- oder Notfall würde auch die Anwesenheit des vertretungsberechtigten Hauptvorstands (in satzungsgemäßer Stärke) ermöglicht werden können.

Dasselbe Prinzip eines bundesweit aufgestellten Beirats soll im Bereich der Förderer und externen Berater Anwendung finden. Im Unterschied zu den oben genannten, aktiv am Vereinsengagement beteiligten „Regionalvorständen“ wird diesen externen Gremien nur ein beratendes Mitspracherecht eingeräumt werden. Dies erklärt sich in dem Grundsatz, dass wir zwar zu Kooperationen jeder legalen und zielführenden Art interessiert sind, aber dennoch an der Unabhängigkeit des Vereins und dem Bestreben nach einem kontinuierlichen Kompetenzzuwachs festhalten wollen / müssen!

Gemäß den ausführlich dargelegten Zielsetzungen des Vereins wird auf diese Weise beabsichtigt, ein möglichst engmaschiges Netz von vereint agierenden und auftretenden Regionalvertretungen aufzubauen und damit ein auf die zentrale Basisarbeit mit den und für die Menschen fokussiertes Netzwerk innerhalb einer übergeordneten, auch politische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Fachbereiche aktiv einschließenden Organisation zu bilden.

Vorrangiges Ziel ist, jene „multifunktionale Solidarität und Kooperation“ herzustellen, die wir nicht ohne Grund zu einem wesentlichen Bestandteil des Vereinsnamens erkoren haben und deren konkreter Inhalt und Hintergrund im folgenden Abschnitt dargelegt wird. Wichtig ist in diesem Zusammenhang aber vor allem der Aspekt der „individuellen Lebenserfahrung“ aller aktiv partizipierenden Mitbürger/innen ... diese Komponente wurde und wird uns bei der bisherigen Suche nach ambitionierten, an der wahren Lebensrealität ausgerichteten Problemlösungen viel zu wenig beachtet, was sich leider meistens in ziemlich „akademischen und wenig praxisnahen“ Resultaten niederschlägt.

Wenn alles vernünftig organisiert und optimal umgesetzt wird, dann sollte die entstehende Verschmelzung von gemeinnütziger Vereinstätigkeit, einer äußerst variablen gewerblichen Schiene und auf Kompetenzzuwachs und problem-/ lösungsorientierte Methoden und Modelle abzielende „interdisziplinäre Kooperation“ mit kompatiblen Fachleuten aus allen relevanten Bereichen durchaus in der Lage sein, ein dem buchstäblichen, niemanden absolut ausgrenzenden Gemeinwohl gewidmetes Zusammenwirken aller Bevölkerungsschichten zu ermöglichen, das einen enorm wichtigen Beitrag zur Lösung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Probleme unserer Zeit leisten kann. Wohlgermerkt Problemlösungen, die auf einem gemeinsamen Willen und Vorgehen von genug Menschen beruhen, dass auch die auch heute noch alles andere überragenden „elitären Interessen“ ein demokratisch und freiheitlich geordnetes, auf Menschlichkeit und angemessener Demut gegenüber der Natur fußendes und dem friedvollen und gerechten Miteinander aller Völker gewidmeten Begehren akzeptieren und sich diesem unterordnen **müssen!**

Abschnitt 6

Vorhaben und Zielsetzung in Sachen „multifunktionaler“ Kooperation

Was wir unter dieser speziellen Kooperation verstehen, wurde in den vorausgegangenen Abschnitten bereits weitgehend erläutert. Wichtig ist es, hierbei festzustellen, dass wir eine auf Gegenseitigkeit beruhende Zusammenarbeit keineswegs nur mit Wissenschaftlern, Publizisten, Anwälten und anderen Fachleuten aus den unser Engagement betreffenden relevanten Bereichen anstreben, sondern auch mit kooperationswilligen Unternehmen.

Das einzige Kriterium, welches für eine Kooperation des Vereins mit Unternehmen erfüllt sein muss, ist die Übereinstimmung hinsichtlich der Notwendigkeit einer „sozial verträglichen“ Gestaltung von Handel und Wandel, bei der die Arbeitskraft als „Handelsware“ der Arbeitnehmer im Einklang mit den zu konstatierenden, extrem hohen Lebenshaltungskosten hierzulande bewertet und bezahlt werden muss. Als Verein können wir in (zeitlich begrenzten) Ausnahmefällen allerdings auch zwischen Not leidenden oder noch in der Aufbauphase befindlichen Unternehmen, interessierten Mitgliedern und den zuständigen Behörden der betreffenden Region vermitteln, um beispielsweise übergangsweise eine geringfügig bezahlte (aber eine angemessene Aufwandsentschädigung sicherstellende) Aushilfstätigkeit zu ermöglichen, die im Rahmen des sozialgesetzgeberischen Ermessensspielraums liegen und vertraglich a) auf maximal sechs Monate befristet und b) für den Fall einer erfolgreichen Zusammenarbeit und in Verbindung mit einer ausreichenden Konsolidierung des Unternehmens verbindlich eine Übernahme in ein reguläres steuer- und sozialversicherungspflichtiges Teil- oder Vollzeitverhältnis beinhalten muss.

Generell möchte soll die Thematik noch einmal zusammengefasst aufgegriffen werden. Es war und ist unsere feste Überzeugung, dass die Komplexität der heutigen Probleme und eine weitreichende „Einbahnstraßenpolitik“ zugunsten der Kapitalinteressen nach neuen Wegen zu und insbesondere nach einer entsprechenden Ausgestaltung von Lösungsmodellen verlangt, bei der mehr als bisher auf ein Zusammenwirken aller Gesellschaftsschichten gesetzt werden muss. Rein akademische Lösungen sind ebenso unzulänglich wie aus dem Bauch und Frust geborene Forderungen von mehr oder weniger ambitionierten / geeigneten „Normalbürgern“ (zu denen ich in einer leichten Anwendung von Größenwahn auch einen Großteil der Hartz-IV-Geschädigten rechnen möchte!).

Eine auf fachlicher Kompetenz basierende, aber um die vielfältigen und zweifelsohne wertvollen Erfahrungswerte aller Bürger/innen unseres Landes erweiterte Vorgehensweise sollte mehr denn je als das Gebot der Stunde erscheinen. Nicht zuletzt, weil diesmal keine Theorien ausreichen können, sondern Abhilfe auf der Grundlage der gegebenen Realitäten und unter geflissentlicher Missachtung der massenmedial verbreiteten, neoliberalen Propaganda geschaffen werden muss!

In diesem Unterfangen sind seriöse und um Aufklärung und „erweckende Erleuchtung“ bemühte Fachleute ebenso überfordert und isoliert, wie die unzähligen mehr oder weniger sprach- und gesichtslosen Opfer der Politik der letzten 3 Jahrzehnte. Aus dem einfachen Grund, dass sie eine Minderheit repräsentieren, die im endlosen Sturm der gekauften oder dem elitären Selbstzweck dienenden Sprachrohren von marktradikalen, feudalistischen und

zunehmend militarisierten Mainstream-Weisheiten hoffnungslos untergeht. Dabei ist es unerheblich, ob es sich dabei um Wissenschaftler/innen, Mediziner/innen, Vertreter/innen juristischer Berufszweige, sonstige Fachleute oder Pulizist/innen handelt.

Wir stehen auf dem Standpunkt, dass man die zahlreich auftretenden kritischen Stimmen – es sollte verzeihlich sein, wenn man hier ebenfalls einen Querverweis auf das „AmSeL-Konzept“ anbringt – neu kanalisieren und für eine breitere Öffentlichkeit zugänglich machen muss, wenn die darin anklingenden, sowohl vernünftigen als auch (mit etwas gutem Willen) praktikablen Lösungsvorschläge in geeigneter Form und mit ausreichender Durchschlagskraft auf die Bastionen des neofeudalistischen elitären Systems prallen sollen. Mit solcher Wucht, dass die vorgeschobenen Repräsentanten der Macht mit der Endlichkeit ihres „Machtanspruchs“ konfrontiert und (eventuell) zum Überdenken ihrer Positionen gezwungen werden können!

Ein de facto als Wirtschafts- oder Kapitaldiktatur zu bezeichnendes System, dass sich hinter der mehr und mehr bröckelnden Fassade einer Pseudodemokratie verschanzt, kann nur durch das berechtigte und lautstark artikulierte Begehren nach realer und direkter Demokratie in seine Schranken gewiesen und daran gehindert werden, alles und jeden seiner immanenten Heilslehre zu opfern ... ganz gleich wie offensichtlich es auch werden muss, dass sich die „Herrscher der Welt“ damit auf Dauer nur den Ast absägen werden, auf dem sie bisher noch mit stolzgeschwellter Brust und herablassend ignoranter Arroganz thronen.

Dieses Begehren aber kann– und wenigstens das sollte als selbsterklärend und einleuchtend gelten – mit einer breiten, in der Tat alle Gesellschaftsschichten umfassenden Basis erfolgversprechend und verpflichtend zugleich vorgetragen und in letzter Konsequenz auch befriedigt werden!

Die oft geäußerte Ansicht, dass es nicht ausreichend wäre, in diesem Zusammenhang den Abbau von „Berührungsängsten und beiderseits vorhandenen Ressentiments“ zu fordern und auf das unbestreitbare Gemeininteresse zu verweisen, dem nur durch die Schaffung der bezeichneten Basis Geltung zu verschaffen ist, können wir in dieser Form nicht akzeptieren. Unserer Ansicht nach ist das Gegenteil richtig – zumindest im Fall von Bemühungen, die auch auf Seiten der normalen oder gar der ausgegrenzten Bürger/innen unseres Landes mit sachlicher Konsequenz und ergebnisorientiertem Nachdruck angestellt werden ... hier sollte es nicht nur möglich sein, sondern zwingend erforderlich erscheinen, im Bestreben nach der Bildung einer nicht einfach totzuschweigenden oder zu übergehenden demokratischen Übermacht Bündnisse zu schließen und kontinuierlich auszubauen!

Hierbei kann der Ansatz des „AmSeL-Konzepts“ durchaus als erfolgversprechende Rezeptur angesehen und durch ergänzende Ideen und Konzepte zielgerichtet aufgewertet werden. Insbesondere, weil die in diesem Konzeptpapier aufgezeigte „Basisarbeit“ einen wesentlichen Faktor in Sachen Verfügbarmachung von Fach- und propagandabereinigttem gesellschaftlichem Grundwissen darstellen und zugleich als ein verbindendes Element zwischen den aktiven Kräften und den (noch) überwiegend lethargisch / massenmanipuliert unentschlossenen Bürger/innen fungieren kann.

Frei nach dem Motto, dass man nicht ablehnen darf und sollte, was man nicht wenigstens einmal in der Praxis ausprobiert hat, würden wir deshalb einen „breit angelegten Feldversuch“ in Sachen „multifunktionaler und solidarischer Kooperation“ anregen und als wesentlichste Begründung dafür anführen, dass außergewöhnliche Umstände auch „unorthodoxe“ Gegenmaßnahmen erforderlich machen ... und dass man kaum etwas riskieren würde, geschweige denn verlieren kann, wenn man dies auf der Grundlage eines

diese Bezeichnung auch wirklich verdienenden, optimal koordinierten und gemeinsam getragenen **Volksbegehren** anstrebt.

Wie eingangs betont muss sich von einer derartigen Strategie niemand ausgeschlossen fühlen und sie sollte sogar jedem erstrebenswert erscheinen, der sich nicht zum elitären Kreis der herrschenden Klasse zählen darf. Und das trifft fraglos für die überwältigende Mehrheit aller Privatpersonen, Institutionen, Vereine, Initiativen, Fachleute **und Unternehmen** (nicht nur) in unserem Land zu, oder?

Abschließend möchten wir noch auf einen Gesichtspunkt hinweisen, der ebenso unstrittig wie die oben aufgestellten Thesen sein sollte ... jede Frau und jeder Mann – ungeachtet seiner Herkunft, des Bildungsgrades, der gesellschaftlichen und beruflichen Stellung – repräsentiert mit ihren/seinen individuellen Erfahrungen, Fähigkeiten und menschlichen Potentialen eine wertvolle Bereicherung für jedes ernstgemeinte und seriöse Engagement, so lange sie oder er sich einer dadurch verbundenen Gemeinschaft freiwillig und in der Bereitschaft anschließen möchte, ihren/seinen Beitrag zum Erfolg derselben zu leisten. Diese vielen individuellen Eigenschaften aufgrund von Vorurteilen oder mangelnder Wertschätzung ungenutzt zu lassen, sollte einen Luxus darstellen, den sich eine Gesellschaft nicht leisten kann, die in einer derart kritischen – nach dem derzeitigen Stand der globalen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen fast schon aussichtslosen Lage gefangen ist wie die unsere.

Wenn schon sonst nichts als überzeugend oder logisch „anerkannt werden kann“, wäre dieser Gedanke etwas, was sich jeder sich angesprochenühlende Mensch einmal sehr gründlich durch den Kopf gehen lassen sollte ... und wenn dieser Forderung Folge geleistet wird, würde es uns doch sehr verwundern, wenn am Ende nicht doch eine mit unserer „These“ korrespondierende Erkenntnis heraussprungen sollte ...

Schlusswort

Zur Abrundung des vorliegenden Konzeptpapiers möchten wir vor allem auf zwei Faktoren hinweisen, die es unserer Ansicht nach unbedingt zu beachten gilt, wenn ein entschlossener und konzertierter Aufbruch zum „Um- und Durchbruch“ gelingen soll. (Umbruch = eine umfassende Neuordnung unseres Staats- und Gemeinwesens im ausschließlichen Sinne des Gemeinwohls und eine Rückbesinnung auf die unwiderlegbare Abhängigkeit der Spezies Mensch von einem pfleglichen Umgang mit der Natur, wozu auch ein vernünftiger Umgang miteinander zählt!)

- 1.) Die Menschen (nicht nur) in unserem Land sind nach 63 Jahren in einer de facto nicht existierenden Demokratie und durch eine mindestens ebenso lang auf das Kaschieren dieses Umstands abzielenden Propaganda der „herrschenden Klasse“ praktisch einer mehr oder weniger umfassenden Gehirnwäsche unterzogen worden. Milliarden wurden in Projekte gepumpt (vorrangig in den USA und oftmals verbunden mit dem Engagement fähiger Köpfe der „ehemaligen Todfeinde“), welche die Optimierung der Methoden von Massenmanipulation sicherstellen sollten und noch heute werden Unsummen ausgegeben, um die damit erzielte Wirkung erfolgreich fortzupflanzen und den herrschenden Kreisen eine möglichst ungestörte Verfolgung ihrer egomanisch machtbesessenen und raffgierigen Interessen zu ermöglichen. – Von dieser „ehrentvollen Aufgabe im Dienste der größtenteils unsichtbar bleibenden Meudalherren“ profitieren die Macher und Kontrolleure der milliardärsmidien nicht nur hervorragend, sie steigen dadurch selbst in die elitäre Klasse auf, was für den einfachen Menschen katastrophale Folgen hat, wie nicht nur die Beispiele „Bertelsmann-Stiftung“ und „Springer“ belegen! - Diese massive Des- und Fehlinformation unserer Mitmenschen zu überwinden, wird mit bloßer Aufklärungsarbeit, die noch dazu vorrangig über das Medium Internet betrieben wird, schwerlich gelingen. Ebenso wenig wird es sich erfolgreich gestalten lassen, wenn man nur eine kampfbereite und mitunter auch politisch geprägte Entschlossenheit an den Tag legt. – Vielmehr müssen Mittel und Wege beschlossen und gemeinsam beschritten werden, mit denen man so kurzfristig wie möglich so viele Menschen wie irgend möglich aktivieren und mitnehmen kann ... deshalb unsere „Idee von der AmSeL als Basis dieses Aufbruchs“.
- 2.) Vielen engagierten Mitstreitern sind die unfassbaren Fakten bekannt, die nicht nur auf nationaler Ebene hinter der Fassade von „Frieden, Freiheit und Demokratie“ verborgen lauern und seit „Urzeiten“ de facto nur auf das große Endziel „Weltherrschaft“ ausgerichtet sind. Dazu gehört auch und vor allem die „Geschichtsschreibung der Edlen und Sieger“, welche das „Deutschtum“ nicht erst seit dem Ersten Weltkrieg als barbarisch und größte Bedrohung einer „friedliebenden Welt“ hinzustellen versucht. – Es ist aber auch unwiderlegbar, dass die Menschen für diese Art der Wahrheit noch lange nicht bereit sind und auf jede Konfrontation damit mit Erschrecken und Rückzug reagieren würden (der wahllos eingesetzten „Rechtsradikalen-Keule“ sei Dank!). Da es aber unmöglich erscheinen muss, die unhaltbaren und unerträglichen Zustände abzustellen, die sich im Sog des Macht- und Profitwahns der Kapitaleliten eingestellt haben, ohne eine „öffentliche Wahrheitsfindung“ und Korrektur der Geschichte einzuschließen, muss nach gangbaren und der Sache dienlichen „Kompromissen“ gesucht werden. Vor allem wird es wichtig sein, ein geschlossenes Auftreten zu erreichen, in dem das Wissen über diese Fakten als spürbare Kompetenz enthalten ist ... Querelen, die vorrangig aus persönlichem Geltungsbedürfnis oder einer pathologischen Selbstüberschätzung

hinsichtlich der individuell (nicht gemeinschaftlich!) bevorzugten Sicht- und Vorgehensweise Einzelner entstehen könnten, müssen konsequent vermieden werden!

Wir gehen davon aus, dass die Beachtung der oben genannten Faktoren als gravierende Knackpunkte eines konzertierten Strebens nach einem basisdemokratischen, strikt an Gleichheit, Gerechtigkeit, (verantwortungsbewusster) Freiheit, Frieden und Naturbewusstsein angelehnten Neubeginns eine wesentliche Bedeutung bei der Umsetzung unseres Vorhabens erlangen werden und demzufolge von allen ernsthaft daran mitwirkenden Gruppen und Individuen beherzigt werden müssen.

Das bedeutet nicht, dass diese einzelnen Mitstreiter in Bezug auf ihre individuellen Ziele gezwungen wären, zum Zwecke des Schulterschlusses eine „ideologische Uniformierung oder Gleichschaltung“ in Kauf zu nehmen. Es geht lediglich darum, dass jedes individuelle Engagement im Zusammenhang mit dem gemeinschaftlichen Vorgehen die entsprechenden Schnittstellen vorweisen muss, die in der über allem anderen stehenden gemeinsamen Sache eine glaubhafte Demonstration von Solidarität und Gemeinschaftssinn ermöglichen.

Wir müssen uns in jeder denkbaren und kurzfristig umsetzbaren Hinsicht von den Denkmustern und Handlungsweisen unserer Widerparte unterscheiden und dem Volk somit beweisen, dass wir all das, was wir auf unseren Seiten und in unseren Abhandlungen ansprechen, nicht nur so dahin sagen, um uns selbst Vorteile gleich welcher Art zu verschaffen. Nur wenn uns das gelingt, werden wir uns auch gegen die stereotypen Anfeindungen durch „politische Widersacher“ oder selbstverliebte arrogante Neider behaupten können, die uns in bezeichnender Anlehnung an die „öffentliche Meinung“ in die rechte Ecke stellen oder uns „kommunistisches Gedankengut“ unterschieben wollen.

Nur wenn wir uns dergestalt behaupten und als feste Größe des demokratischen Aufbruchs etablieren können, werden wir auch in der Lage sein, mit Hilfe von geeigneten Partnern eine politische Alternative zu schaffen, die unsere Mitbürger/innen respektieren und akzeptieren können – und so eine reelle Wahlalternative zu den etablierten politischen Parteien oder weniger im Sinne unserer Ziele agierenden Splittergruppen erhalten.

Wie wir (I.B.E. AmSeL e.V.) uns die Gestaltung dieses Weges und seine konsequente Umsetzung vorstellen, haben wir in diesem Konzeptpapier darzustellen versucht. Und wir wiederholen es gerne noch einmal ... unsere Erfolgsaussichten werden maßgeblich in dem Maße steigen oder fallen, wie es uns gelingt, jenen breiten gesellschaftlichen Konsens herzustellen, der notwendig ist, um eine „verfassungsgebende Versammlung“ erzwingen und im urdemokratischsten Sinne die Souveränität und Freiheit unseres Volkes erreichen zu können. – All die vielen gescheiterten Versuche, eine solche breite Basis und Front zu generieren, sollten uns als Beispiel dafür dienen, wie man es nicht machen sollte und darf!

Deshalb wollen wir (AmSeL) auch an der Basis beginnen, weil wir die Fehler der Vergangenheit vermeiden wollen – und das lässt sich nun mal mit entschlossener Aufklärung und Aufstellung von mehr oder weniger plausiblen Thesen allein nicht Erfolg versprechend bewerkstelligen. Erst muss die Basis erkennen und begreifen, dass es durchaus Mittel und Wege gibt, sich auf Eigeninitiative und Solidarität besinnend gegen die Willkür und das legitimierte Unrecht der Regierenden (und der Schattenherrscher) zur Wehr zu setzen. Mit entsprechenden Projekten, welche die „Machbarkeit des Ungewöhnlichen und die Erfolgsaussichten des Alternativen“ belegen, wird sich die bislang fehlgeleitete und mehr oder weniger abgestumpfte Masse der Menschen fraglos überzeugen und dazu bewegen lassen, sich **rechtzeitig für die richtige Seite und das notwendige Engagement zu entscheiden!**

Auf dieser unbedingt zu schaffenden Basis lassen sich dann auch all jene Vorhaben umsetzen und Veränderungen durchsetzen, die von uns allen als notwendig erkannt wurden und in unmissverständlicher Art und Weise dargestellt werden.

Dies setzt zwingend voraus, dass wir eine Bewegung anschieben und als reale politische und gesellschaftliche Größe in unserem Land etablieren, die sprichwörtlich „ganz unten“ beginnt und „nach oben hin“ möglichst viele Menschen überzeugen und mitnehmen kann! Hier kommt dann auch der Beleg für die aufgestellte Behauptung ins Spiel, dass sich eine solche Bewegung nur mit Leben und Macht erfüllen lässt, wenn sich möglichst viele Menschen aus allen Bevölkerungsschichten daran beteiligen und ihre jeweiligen Erfahrungen und Potentiale „auf Augenhöhe“ einbringen können.

Kurz gesagt: vom sozialen und zwischenmenschlichen Engagement über die Aufklärungsarbeit, an der sich auch kritische und sozial eingestellte Experten aller relevanten Fachgebiete sowie sich angesprochen fühlende Unternehmen beteiligen sollten, bis hin zur glaubwürdigen und kompetenten politischen Umsetzung der daraus resultierenden Ergebnisse muss alles wie aus einem Guss sein und unter einem gemeinsam getragenen Dach vereint präsentiert werden.

Im Namen und Auftrag der I.B.E. AmSeL e.V.



(Hans-D. Ziran)

1. Vorsitzender & Sprecher

Impressum



Offizielle Postanschrift
Hauptsitz und Vorstandsadresse

I.B.E. AmSeL e.V.
c/o Hans-D. Ziran
Höchster Str. 8
65719 Hofheim

Tel.: 06192-8078441
E-Mail: kontakt@amsel-ibe.de
WWW: <http://www.amsel.webstar-media.com>

Eingetragen beim VR Frankfurt/Main – Nr. 13770
Antragstellung beim Finanzamt läuft

Vorstandsvorsitzender & Sprecher:
(Redaktionelle Verantwortung)

Hans-D. Ziran
Kontaktdaten siehe oben plus
E-Mail: hd.ziran@amsel-ibe.de

Stellv. Vorsitzende & Schriftführerin:

Elke J. Atzinger
Tel.: 06192-22761
E-Mail: ej.atzinger@amsel-ibe.de

Stellv. Vorsitzender:

Jörg M. Ziran
Tel.: 01522-4043178
E-Mail: jm.ziran@amsel-ibe.de

Erweiterter Vorstand:

Peter Schmidt
- Rechtsassessor -
Tel.: 06691-968789
E-Mail: p.schmidt@amsel-ibe.de

Bankverbindung
(vorläufig, bis Anerkennung Gemeinnützigkeit)

I.B.E. AmSeL e.V. c/o Hans-D. Ziran
Postbank Frankfurt
Konto: 499186-600
BLZ: 500 100 60

Vorstellung der AMP ~ Aufbruch Mittelstand Partei ~



Ratsfrau Dagmar J. Sall-May – zurzeit aktiv in der Kommunalpolitik in Duisburg

Für unsere Entscheidung, hinsichtlich der Möglichkeit der Kombination unseres Engagements mit einer vertrauenswürdigen politischen Schiene war – wie bereits ausgeführt – in erster Linie die Person und Persönlichkeit der Gründerin und Vorsitzenden der AMP ausschlaggebend. Eine Frau, die mehr als die Hälfte ihres Lebens politisch aktiv für soziale Belange gestritten und sich nebenbei auf vielen Gebieten Respekt und Anerkennung erworben hat, passt einfach hervorragend zu unseren eigenen Zielsetzungen.

Zu diesem, aus unserer Sicht positiven Bild passt auch, dass Frau Sall-May sowohl auf der politischen Ebene als auch in anderen Bereichen ihres extrem facettenreichen Lebens viele Menschen gegen sich aufgebracht hat, weil sie sagt, was sie denkt und fühlt – und dazu auch unverrückbar steht. Leider ist das Motto „Viel Feind, viel Ehr“ nicht immer ausschließlich positiv besetzt, wie auch Frau Sall-May leidvoll erfahren musste ... doch gerade diese Erfahrung, das Leben aus allen Perspektiven in all seinen wechselhaften Erscheinungen kennen gelernt und gemeistert zu haben, oder sich gegen noch nicht überwundene Tiefschläge unbeirrbar aufzulehnen, vollendet die „menschliche Kompatibilität“ auf optimale Weise. Wir sind überzeugt davon, dass auch diese Seite der geplanten Kooperation durch langsam aber stetig wachsendes gegenseitiges Vertrauen und ein konstruktives Miteinander in der Sache die erhoffte Tiefe und Kraft erlangen wird.

Zum politischen Programm der AMP und Frau Sall-Mays persönlicher Ansicht, die sie entschlossen in ihre Arbeit einzubringen versucht, soll hier nur erwähnt werden, dass sie sich den Nöten und Problemen des „Mittelstandes“ verpflichtet fühlt, wobei sie dabei auch die kleinen und kleinsten Unternehmen, Freiberufler und sonstige Selbständige ganz betont einschließt. Darüber geraten die „einfachen Arbeiter/innen“ und die ausgegrenzten, prekarierten Mitbürger/innen aber keineswegs in Vergessenheit – was auch vollkommen logisch ist, da die Probleme, welche durch unsere derzeitige Sozial-, Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik aufgeworfen werden, all diese Gruppen gleichermaßen hart treffen – und eine Lösung nur im Zusammenhang möglich erscheinen kann.

Da auch wir das zentrale Ziel verfolgen, neue Wege zu beschreiten, um kleine Unternehmen etc. im regionalen Bereich leistungs- und wettbewerbsfähiger zu machen – etwa durch Kooperativen, die ohne individuellen Mehraufwand der einzelnen Unternehmen ein breiter gefächertes Dienstleistungsangebot generieren und dem Kunden zu günstigen Konditionen und bei einem erstklassigen Preis-Leistungs-Verhältnis anbieten können – sehen wir ein außerordentlich breites Spektrum von gemeinsamen Zielen, die man in einem bestmöglich gestalteten Handlungsrahmen auch Erfolg versprechend anzustreben vermag.

Hinzu kommt, dass die politische Grundausrichtung der AMP auch für viele Initiativen von Selbständigen oder mittelständischen Unternehmen eine vielversprechende Plattform zu bieten hat, die noch mehr Attraktivität und Durchschlagskraft erlangen kann, wenn es gelingt, die Partei personell zu verstärken und für die wichtigen Wahlen im kommenden Jahr bundesweit aufzustellen. Zwar steht zu befürchten, dass sich auch in dieser Hinsicht eine Menge kontraproduktive Rivalität störend auswirken wird, aber wir denken, dass es im Endeffekt nur darauf ankommt, in gegenseitiger Unterstützung eine Basis zu finden, die sowohl die AmSeL-Idee als auch die Volksgewerkschaft und die AMP als geschlossenes Ganzes präsentieren kann, das ein weites Wählerspektrum anzusprechen vermag.

Zuguterletzt hatten wir ja bereits angedeutet, dass es im Streben nach guten Wahlergebnissen bei der Europa- und Bundestagswahl 2009 sinnvoll und erstrebenswert erscheinen sollte, diese Basis durch politische und soziale „Koalitionen“ möglichst weitreichend zu verbreitern. Welche (existierende oder in Gründung befindliche) Parteien, soziale Bündnisse und sonstige Initiativen und Gruppen sich dafür anbieten, wird in den kommenden Wochen und Monaten eingehend zu prüfen sein.

Weitere Detailinformationen zur AMP und Frau Sall-May können über die nachfolgend angegebenen Webseiten abgerufen werden ...

<http://www.aufbruch-mittelstand-partei.de/>

(Besuchen Sie hier auch das Forum und beteiligen sie sich aktiv an den Diskussionen!!)

<http://www.fluthilfe-deutschland.de/>

<http://www.sallpromotion.com/>

Aus unserer Sicht ist sowohl der Mensch Dagmar J. Sall-May als auch ihre Partei ein guter Partner für die AmSeL-Sache und für alle Bereiche, in denen wir uns aktiv einsetzen. Wir werden, wie bereits angekündigt, diesem Umstand Rechnung tragen und so zeitnah wie möglich in konkrete Gespräche einsteigen, die auf dem Umweg über eine Ehren-Mitgliedschaft in unserem Verein und eine regionale Präsentation unserer Vereinsziele in ihrem politischen Wirkungskreis zu einer beispielgebenden Zusammenarbeit führen sollen.

In diesem Zusammenhang machen wir politisch interessierten und zum aktiven politischen Handeln tendierenden Mitbürger/innen auch das Angebot, gegebenenfalls bei der Kontaktaufnahme mit der Vorsitzenden der AMP zu vermitteln. Auf dieser alternativen und dennoch aussichtsreichen Ebene, die im Verbund mit den außerparlamentarisch agierenden Mitgliedern der Kooperative sukzessive mehr Einfluss erlangen kann, wäre nicht nur ein guter Einstieg in die politische Arbeit gewährleistet, sondern auch sichergestellt, dass man übergangslos in die Entscheidungsprozesse eingebunden würde. So etwas kann man bei der Entscheidung für eine der etablierten und leider auch viele der Wählergemeinschaften (u. ä. m.) aufgrund des dort generell bevorzugten hierarchischen Aufbaus nicht mehr als einen unerfüllbaren Tagtraum nennen!

Ohne den anstehenden Gesprächen mit anderen politischen Kräften und den ebenfalls zu führenden Gesprächen innerhalb des Bündnisses, die allen derartigen Entscheidungen vorausgehen müssen, vorausgreifen zu wollen, bekennen wir von der I.B.E. AmSeL e.V. uns schon einmal ganz öffentlich zur Zusammenarbeit mit Frau Sall-May und ihrer AMP. Wir würden uns aber freuen, wenn wir eine breiter aufgestellte und dennoch konzentriert auf die vorrangigen Ziele der Kooperative hin arbeitende politische Bewegung und für diese qualitative Verstärkung erhalten könnten.

Das sollte man auch als generelle gemeinsame Zielsetzung ansehen können, denn die „Schlachten“ im nächsten Jahr werden für einzelne Splittergruppen sicher aussichtslos verlaufen – nur gemeinsam können wir stark sein und überzeugend Stärke demonstrieren!

Übersicht

Informationsquellen & potentielle Partner



Net News Global – Unabhängige Nachrichtenagentur

Nationale und internationale Nachrichten, auch von alternativen Informationsquellen im 24-Stunden-Überblick und mit Archiv ... über Postkasten-Funktion können eigene Artikel online gestellt werden!

<http://net-news-global.de/>



Jens Berger

Vielfältige und ebenso kritisch hinterfrage wie sorgfältig recherchierte und dokumentierte Berichte zur Weltwirtschaft- und Weltpolitik ... nicht nur, aber auch und gerade aus deutscher Sicht.

<http://www.spiegelfechter.com>

3Mind.Info

Seriös präsentierte Nachrichten und Kommentare zur „Politik“ in Deutschland, Europa und dem Rest der Welt ..

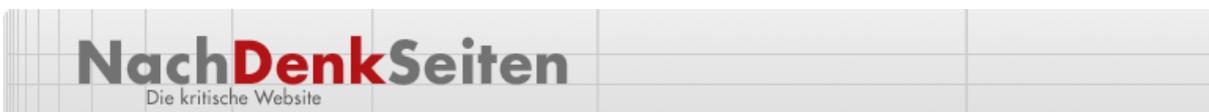
Die Wahrheit als Fels in der Brandung <http://www.3mind.info/>

LE MONDE *diplomatique*

Deutsche Ausgabe

Monatszeitung für internationale Politik – seit 1996 redaktionell unabhängig vom „Mutterblatt“ – hochkarätige, kritische Berichte

<http://www.monde-diplomatique.de/pm/home>



Dr. Wolfgang Lieb, Albrecht Müller & weitere Autoren

Die bekannteste Seite in Sachen „Schaffung einer Gegenöffentlichkeit zum medialen und politisch-wirtschaftlichen Mainstream. Achten Sie auch auf die Bücher von A. Müller ... **Reformlüge** und **Machtwahn**, sowie auf die Jahrbücher des „kritischen Tagebücher“

<http://www.nachdenkseiten.de/>



Egon W. Kreutzer (Unternehmensberater / Verlag)
Besonders bekannt wegen seiner „Buchführung und Darstellung der Arbeitsplatzvernichtung“ und seinen wöchentlichen „Paukenschlägen“, in denen politische und wirtschaftliche Themen kritisch bis vernichtend kommentiert werden. Ebenfalls lesenswert sind die Bücher von EWK.

<http://www.egon-w-kreutzer.de/>



Meudalismus

Dr. Harald Wozniewski

Initiator des Netzwerks der Meudalismus-Gegner und Autor des Buches *Wie der Nil in der Wüste ...*

<http://www.meudalismus.dr-wo.de/>



Dr. Joachim Jahnke

Hier werden sehr kritische und stets mit amtlichem Statistikmaterial unterlegte Texte zu „Deutschland und der Globalisierungslüge“ bereitgestellt. Äußerst lesens- und empfehlenswert, auch und gerade für globalisierungsfreundliche Skeptiker ... Beachten Sie bitte auch die Sachbücher des Seitenbetreibers, u. a. *Globalisierung – Legende und Wahrheit*.

<http://jjahnke.net/index.html>

Hintergrund

Verlag Selbrund GmbH – Redaktion (V.i.S.d.P.) Ronald Thoben

Lesenswerte Hintergrundinformationen über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ... kein Mainstream-Einheitsbrei!!! Hervorragend recherchierte Artikel verschiedener Autor/innen, die mehr bieten als nur eine profunde „Gegenmeinung“.

http://hintergrund.de/index.php?option=com_news_portal&Itemid=100



Linke, marxistisch orientierte, überregionale Tageszeitung mit einem hohen Anteil an Hintergrundinformationen und umfassenden Analysen. Als Informationsquelle auch für „Nicht-Marxisten“ mitunter beachtenswert und wichtig.

<http://www.jungewelt.de>



IMI e.V. arbeitet seit 1996 in einem breiten Spektrum friedenspolitischer Themen mit einem starken Fokus auf Deutschland und seine Rolle in der Welt. Ziele des Vereins: Völkerverständigung, Mittlerrolle zwischen Friedensbewegung und der wissenschaftlichen Bearbeitung von Konfliktsituation ... aber auch (u. a.) Verhinderung des EU-Militarisierungsbestrebens.

<http://www.imi-online.de/>

Anti-Bertelsmann ~ Materialien zur Gesellschaftsrationalisierung

Wer mehr über Wahrheit und Legende des größten Medienkonzerns unseres Landes erfahren möchte, der auch zu den 5 größten Medienkonzernen der Welt gehört und die so angehäuften Macht schamlos zugunsten der über ihn wachenden „Stiftung“ (Familie) erfahren und dabei der Hoffnung Rechnung tragen möchte, wahre Hintergründe und Fakten zu erfahren, sollte sich hier unbedingt kundig machen.

<http://www.anti-bertelsmann.de/>

Gesellschaft und Visionen

Gesellschaft und Visionen ist ein Zusammenschluss von Personen, Gruppen und Institutionen, die für eine humane, demokratische, umweltschonende und sozial gerechte Gesellschaft werben und entsprechende Maßnahmen in dieser Richtung unterstützen.

<http://www.gesellschaft-und-visionen.de/>

Secret.TV

Eine Fundstelle der besonderen Art für Informationen in Ton und bewegten Bildern, die „so“ nie in der Öffentlichkeit erscheinen ...

<http://www.secret.tv>



Ebenso sehens- und empfehlenswert – u. a. wegen dem Film „Zeitgeist“ ...

<http://www.infokrieg.tv>

Politik Global

Wochenmagazin für Hintergrundinformationen zu Politik und Wirtschaft

<http://politikglobal.blogspot.com/>



ALLES SCHALL ^{UND} RAUCH

Nicht immer leicht verdauliche, aber in der Regel gut recherchierte und präsentierte Informationen rund um die weltbewegenden Themen unserer Zeit ...

<http://www.alles-schallundrauch.blogspot.com/>

World.Content.News

„Nachrichten sind schnell – die Wahrheit braucht Zeit“ ... internationale Nachrichten, immer up to date und seriös präsentiert

<http://worldcontent.twoday.net/>

~~ Die Reihenfolge stellt keine Wertung dar – und die Liste wird kontinuierlich ergänzt ~~

Anmerkung: die nachfolgend aufgeführten Seiten, Gruppen und Initiativen stehen bislang nur in der engeren Wahl hinsichtlich einer strategischen Kooperation im Sinne der in diesem Konzeptpapier vorgestellten Zielsetzungen. Es finden Verhandlungen statt – aber zu unserem Leidwesen haben wir noch keine abschließende Übereinstimmung erzielen können. Sobald dies erfolgt ist, wird eine Aktualisierung dieser Liste bereitgestellt werden.



Initiator
Georg Detlef Paulus
Marktweg 2a
66131 Saarbrücken-Ensheim

Telefon: 06893-800769
E-Mail: volksgewerkschaft@gmx.de
<http://www.stiftung-deutsche-volksgewerkschaft.de>



Initiator
Edward Grossmann
Zur Oberen Höhe 27
72414 Rangendingen-Höfendorf

Telefon: 07478-913778
E-Mail: info@mensch-trau-dich.de
<http://www.mensch-trau-dich.de>



Die „menschlichste Seite“ der Volksgewerkschaft ... immer kritisch und aktuell, aber nie ohne verbindende Menschlichkeit und den richtigen Ton!
<http://www.veilchens-world.de> ... **Christel Jungbluth**



Dirk Grund, Petra Karl, Peter Nowak
Sozialaktivisten, Freidenker und freie Journalisten
<http://suboptimales.wordpress.com/>

RA Lutz Schäfer

Außerordentlich informative Seite über „Wissenswertes“ jeder Art ... unbedingt mal reinschauen
<http://www.lutzschaefer.com/index.php>



Gert Flegelskamp ... <http://www.flegel-g.de>

Stets hervorragend recherchierte und umfassende Informationen offerierende Artikel zu den aktuellen Themen.



Klaus Jäger

Eine künstlerische, multimediale Internetplattform, deren Betreiber sich auch für politische Aufklärung und Menschenrechte stark macht und dabei dem Motto folgt: „Da Kunst in der **und** für die Gesellschaft stattfindet, wird Politik nicht ausgeklammert. Es gehört zum Konzept von Cluster1, um die „aufklärerischen Wurzeln herum“, vielfältige Früchte geistig-künstlerischen Tuns wachsen zu lassen.“

<http://www.cluster1.eu>

<http://de.youtube.com/user/grandmasteryeager>



Dr. Manuela Peters

Unter dem Motto „Ärzte und Patienten gemeinsam für ein humanes und direktes Gesundheitssystem“ protestiert und engagiert sich Frau Dr. Peters seit Januar 2006 gegen die Gesundheitsreform. Ein Besuch ihrer Seite ist nicht nur höchst informativ, sondern auch ein Muss in unserer Zeit von „Gesundheitskarte“ und „RFID-Chip“ ... u. v. a. m.

<http://www.mittwochsdemo.de>



Renate Hartwig

„Patienten und Ärzte wehren sich gemeinsam gegen die Gesundheitspolitik“ ~ „Patienten sind keine Ware und Ärzte keine Sklaven“ ... unter diesen Mottos engagiert sich Renate Hartwig gegen die Privatisierung und Ausbeutung auf Kosten von Gesundheit und Bürgerrechten ... unbedingt empfehlenswert auch ihr Buch „Der verkaufte Patient“

<http://www.patientinformiert.de/>



Basisdemokratie e.V.

Vorläufer der in Gründungsvorbereitung befindlichen Partei „DIE BASIS“ ... Initiator ist der Inhaber der Netzplattform Deutschland-Debatte, Dipl. Ing. Bernd Müller aus Berlin ...

<http://www.deutschland-debatte.de>



Dagmar J. Sall-May

Aufbruch Mittelstand Partei

Für Informationen siehe den diesbezüglichen Anhang ...

mein name ist mensch



kinder klagen an
kinderarmut in deutschland
wer weg schaut macht mit
waltrauddienst2005@yahoo.de
ritamantovan@yahoo.de

Aktionsgruppe „mein name ist mensch“

Rita Mantovan & Waltraud Stilger
Initiativ-Mitglied I.B.E. AmSeL e.V.

Mit Mahnwachen und Videoclips engagiert sich die Gruppe für die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft – Schwerpunkt Kinderarmut und Hartz IV ... daneben hat sie sich auch beim Engagement für in der Türkei inhaftierte Deutsche einen Namen gemacht; aktuell kämpfen die beiden Initiatoren mit einer Gruppe von Unterstützern um Sabrina A. und ihren wenige Monate alten Sohn ... siehe hierzu unter anderem ...

http://www.myvideo.de/watch/4807831/GNADE_FUeR_SABRINA?p=vs17

und zum Thema Kinderarmut ...

http://www.myvideo.de/watch/4726746/KINDER_KLAGEN_AN?p=vs17

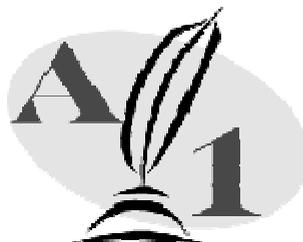
Unter dem Suchbegriff „mantovan“ sind weitere Videos zu finden!



Internet- und Aktionsplattform für Justizopfer und Unterstützer

Hier wird nicht nur menschliche und moralische, sondern für akute Fälle auch aktive sachliche Unterstützung (auch hinsichtlich einer erfolgversprechenden Öffentlichkeitsarbeit) geboten ...

<http://gewalt-hinter-gitter.forencity.de/>



Artikel Eins

Bundesweite Netzzeitung, die zweimal monatlich herausgegeben wird und sich mit aktuellen sozial- und gesellschaftspolitischen Themen beschäftigt.

Verantwortlicher Chefredakteur: **Ottokar Luhn**

<http://www.artikel-eins.com>